

# Fünfte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Samstag, den 30. April 1932.

(Beginn: 9 Uhr 50 Minuten.)

## Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Herabsetzung der Arbeitszeit in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten.
3. Antrag des Sonderausschusses zu dem Berichte des Provinzialausschusses über die Landesbank der Rheinprovinz.

In Verbindung hiermit:

Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend bevorzugte Behandlung der Forderung der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ aus den der Landesbank zur Stützung zurfließenden Mitteln.

Vorsitzender Dr. Farres: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte die Damen und Herren, Platz zu nehmen und möglichst die Türen hinten geschlossen zu halten.

Schriftführer sind die Herren Abgeordneten Dr. Claes und Gerhard.

Eingänge sind nicht mitzuteilen.

Punkt 2: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Herabsetzung der Arbeitszeit in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten.

Hier ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Eidmann.

Abgeordneter Eidmann: Meine Damen und Herren! In der Frage der Arbeitszeit ist demnächst eine neue gesetzliche Regelung zu erwarten. Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen daher vor, den vorliegenden Antrag, Nr. 63, dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heinz.

Abgeordneter Heinz: Meine Damen und Herren! Die SPD.-Fraktion hat Ihnen einen Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten unterbreitet. In Deutschland haben wir heute ca. 6 Millionen Arbeitslose, und die Rheinprovinz hat ca. 750 000, so daß es geradezu unverständlich ist, daß die Provinzialverwaltung bisher den berechtigten Wünschen der Arbeiter, aber auch des Provinziallandtages, keine Rechnung getragen hat.

Der übergroße Teil der in den Anstalten beschäftigten Personen ist heute noch bis zu 60 Stunden in der Woche beschäftigt. Dazu kommt noch ein Bereitschaftsdienst oder Bereitschaftsschlafen von 10 Stunden, so daß das Personal 70 Stunden dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen muß. (Abgeordneter Hauck: Hört, hört!) Wenn das der Fall ist, dann werden Sie mir glauben, daß es bei der großen Masse der Arbeiterschaft nicht verstanden wird, daß auf der einen Seite un-

zählige Menschen arbeitslos sind, Arbeit suchen und Arbeit wollen und auf der anderen Seite hier in der Rheinprovinz noch Hunderte von Menschen bis zu 70 Stunden im Dienst sein müssen. Der Dienst dieses Personals ist sehr anstrengend; er muß in der Gesellschaft von Geisteskranken verrichtet werden. Schon aus diesem Grunde ist es wohl zu verstehen, daß die Arbeit dieses Personals außerordentlich nervenaufreibend ist. Das Personal altert infolge seines schweren Dienstes zumeist vorzeitig. Schon deshalb müßte man dem Personal eine kürzere Arbeitszeit zugestehen.

Eine kürzere Arbeitszeit ist aber auch aus folgenden Gründen notwendig: Man hat bei der Revision der Beamtenbefolgung und der Löhne wohl einen Vergleich mit den Angestellten des Staates und der staatlichen Dienststellen hinsichtlich des Lohnes angestellt, und man hat die Leute durch eine Verfügung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz bis zu 35 Prozent im Lohn heruntersetzt. Aber in der Arbeitszeitfrage hat man keinen Ausgleich gesucht. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Tatsache ist, daß in den preussischen Dienststellen die Arbeitszeit für dieses Personal bedeutend kürzer ist. (Zuruf des Abgeordneten Streb: Ihr habt ja mit daran geholfen, daß die Löhne heruntersetzt wurden!) Wir haben daher heute damit zu rechnen, daß in ein und derselben Stadt das Personal der staatlichen Dienststellen einen um 16 Pfennig höheren Lohn hat als die Angestellten der Provinzialdienststellen. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, daß ein Ausgleich in der Arbeitszeit geschaffen wird.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Streb.

Abgeordneter Streb: Wenn die Sozialdemokraten den Antrag eingereicht haben, und zwar in der Form, wie er jetzt vorliegt, so stellen wir fest, daß dieser Antrag praktisch rein gar nichts besagt. Er sagt nur, daß die Arbeitszeit von 60 Stunden reduziert werden soll. Er sagt nicht, wie weit die Arbeitszeit reduziert werden soll. Sie bemerken auch nicht dabei, daß bei der Reduzierung der Stunden ein Lohnausgleich stattfinden soll. (Zuruf des Abgeordneten Heinz: Das ist Aufgabe der Gewerkschaften!) Herr Abgeordneter Heinz, Sie als Gewerkschaftler sagen, das sei Aufgabe der Gewerkschaften. Aber gerade Ihr im ADGB seid diejenigen, die dafür sorgen, daß die Löhne nicht nur bei der Provinz, sondern auch in den Gemeinden reduziert werden. Auch die Musterbetriebe, die Sie zu vertreten haben, stehen heute auf einem Lohnniveau, das jeder Beschreibung spottet. Das ist die Aufgabe des ADGB. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Das ist der Sozialismus!)

Die kommunistische Fraktion hat im Ausschuß beantragt, diesem Antrage der Sozialdemokraten zuzustimmen, und zwar mit dem Zusatz:

„Die Provinzialverwaltung tritt alsbald mit den Vertretern der zuständigen Gewerkschaften, einschließlich der RGD., in Verhandlung zu dem Zwecke einer Neuregelung der Arbeitszeit in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, die zur Zeit noch bis zu 60 Stunden wöchentlich beträgt, mit dem Ziele, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu reduzieren, bei vollem Lohnausgleich. Für die ausfallenden Stunden wird neues Personal eingestellt.“

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das ein Antrag ist, der besagt, was die Werttätigen eigentlich nötig haben. Eben im Ausschuß haben wir darüber gesprochen. Unser Ergänzungsantrag ist im Ausschuß abgelehnt worden. Die Sozialdemokraten standen auf dem Standpunkt, daß ihr Antrag in der Form angenommen werden soll, wie derselbe von ihnen eingereicht war, und vertraten diesen Standpunkt. Als dann aber der Herr Landeshauptmann dafür Sorge trug, daß dieser Antrag in die Dunkelkammer geschoben und nicht hier im Plenum verhandelt werden sollte, da haben die Sozialdemokraten es gewagt, auch dafür zu stimmen, daß er dem Provinzialausschuß überwiesen wird. (Abgeordneter Kiegel: Hört, hört!) Hieran kann man wieder das Gesicht der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften sehen. Hieran kann man weiter feststellen, daß die Sozialdemokraten, ebenso wie auch das Zentrum, für das Fräulein Timmermans im Ausschuß sprach, diejenigen sind, die für die Ärmsten der Armen nichts tun wollen. Aber wenn es heißt, den Besitzenden Subventionen und Millionen in den Rücken zu werfen, dann sind es gerade die Sozialdemokraten in Verbindung mit dem Zentrum und den Nazis, die gerne bereit sind, diese reaktionäre Gesellschaftsordnung zu stützen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß dem Antrage des Ausschusses entsprochen und der Antrag dem Provinzialausschuß überwiesen werden wird, wo er zur Verhandlung mit den Gewerkschaften weiterbehandelt wird. Ich habe nur das Wort genommen, um einen Irrtum des Herrn Abgeordneten Heintz richtig zu stellen: In der 60stündigen Arbeitszeit ist das sogenannte Bereitschaftsschlafen mitenthalten. Auch dieses Bereitschaftsschlafen wird als Arbeitszeit gezählt. Es geht nicht über die 60 Stunden hinaus, sondern ist schon darinnen enthalten. Kürzlich hat diese irrtümliche Auffassung auch in einer Zeitung gestanden. Wir haben eine Berichtigung geschickt, die auch ohne weiteres aufgenommen worden ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heintz.

Abgeordneter Heintz: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns sagen, daß mir kein Irrtum unterlaufen ist. Die Arbeitszeit beträgt praktisch 60 Stunden. Dazu kommt eine Nacht Bereitschaftsschlafen innerhalb 4 oder 5 Tagen in der einzelnen Anstalt auf den Pfleger, und diese Nacht Bereitschaftsschlafen wird mit 2 Stunden in die 60stündige Arbeitszeit eingerechnet. (Zuruf des Landeshauptmanns: Das ist es ja, was ich sage!)

Wenn wir in unserem Antrage gesagt haben, daß die Gewerkschaften die Neuregelung der Arbeitszeit mit

der Provinzialverwaltung vereinbaren, dann aus dem Grunde, weil das für die Gewerkschaften auch die zuständige Aufgabe ist.

Nun, meine Freunde von der Linken (Zuruf des Abgeordneten Beck: „Freunde“ ist gut!), Ihr habt hier erklärt, wir hätten den Arbeitslohn abgebaut. Das stimmt ja nicht. Schlagt Euch einmal an Eure Brust. Ich möchte Euch hier auf Euren Betrieb, die City-Druckerei der Roten Fahne in Berlin, aufmerksam machen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist schon längst abgedroschen!) Die Tatsache besteht aber, daß Ihr dort von 150 Menschen 50 hinausgeworfen habt. Darunter befanden sich 40 von Euren Mitgliedern. Und als 27 Maschinenfeker die Arbeit niedergelegt hatten, habt Ihr Eure Zeitung in einem kapitalistischen Betriebe drucken lassen und habt die Arbeitszeit in dem Betriebe dann auf 54 Stunden verlängert ohne Lohnausgleich. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Kommunisten.)

Soll ich Euch weiter sagen, wie Ihr die Rote Fahne, die Welt am Montag und den Berliner Morgen an die Allgemeine Zeitschriften-Vertriebsgesellschaft übertragen und mit der RGD. einen Tarifvertrag abgeschlossen habt, in dem die Löhne der Botenfrauen um 35 und mehr Prozent gesenkt worden sind, wobei Ihr 400 davon auf die Straße geworfen habt. (Widerpruch bei den Kommunisten.) Die Notverordnung hätten Ihr doch jedenfalls nicht in dem Maße anzuwenden brauchen. Uebrigens habt Ihr das schon vor dem Erlaß der Notverordnung gemacht. Also: Theorie und Praxis!

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dölle.

Abgeordneter Dölle: Herr Abgeordneter Heintz stellt sich hierhin und will hier der Roten Fahne ein auswischen. Aber unter der Regie des Abgeordneten Heintz sind die Löhne der Gemeindearbeiter teilweise bis um 50 Prozent heruntergesetzt worden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) In Gladbach, wo die Gemeindearbeiterschaft gegen den Lohnabbau war, war es Heintz, der eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre einberief und dort den Lohnabbau beschließen ließ. Die Gemeindearbeiterschaft war zu 90 Prozent gegen den Lohnabzug. Aber unter der Regie von Heintz wurde dieser Lohnabzug sanktioniert. Das zeigt die Rolle der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbürokratie. Die Bourgeoisie in Deutschland gestattet Euch jetzt noch, derartige Agitationsanträge zu stellen, um hier in dem kleinen Parlament den Anschein zu erwecken, als ob Ihr etwas für die Arbeiterschaft tätet. Aber im Landtage, wo Braun und Seevering herrschen, geht Ihr dazu über, die Unterstützungssätze für die Ärmsten der Armen herunterzusetzen. Das ist die praktische Politik der Sozialdemokratischen Partei.

Nun noch eins zu Fräulein Timmermans. Fräulein Timmermans war im Ausschuß der Auffassung, daß diejenigen Personen, die soviel fordern, in Wirklichkeit nichts für die Arbeiterschaft tun wollen. Ich glaube, gerade die Zentrumsparlei hat gar keine Ursache, hier mit derartigen Worten zu operieren, weil Brüning der maßgebende Faktor im Reichsmaßstabe ist, der die Löhne für die ganze Arbeiterschaft und die Unter-

Stützungssäße abgebaut hat, wie man überhaupt auf allen Gebieten, die die werktätige Bevölkerung betreffen, ungeheure Abstriche vornimmt. Fräulein Zimmermans, durch Eure Regie, durch die Maßnahmen, die Ihr durchgeführt habt, haben wir heute in Deutschland zu verzeichnen, daß Kinder von 4 bis 6 Jahren bettelnd um ein Stück Brot an den Geschäften vorbeigehen. Das ist Eure Sozialpolitik, das ist Euer christliches Gesicht. Ihr geht als sogenannte Christen dazu über, der Arbeiterschaft das letzte Hemd vom Leibe zu ziehen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Das ist die praktische Politik, wie sie von Euch durchgeführt wird.

Wir sind der Auffassung, daß mit diesen Anträgen, wie sie hier von der SPD. eingebracht worden sind in dem gestrigen und heutigen Antrage, der Arbeiterschaft nicht geholfen ist. Da müssen schon andere Maßnahmen ergriffen werden. Da müßt Ihr von der Sozialdemokratischen Partei schon dazu übergehen, die Vorbedingungen zu schaffen, um derartigen Anträgen, wie Ihr sie hier stellt, auch wirklich zum Durchbruch zu verhelfen. Dann müßt Ihr schon dazu übergehen, die Betriebe und die Stempelstellen mobil zu machen. Aber Ihr zeigt in der Praxis, daß Ihr nicht dafür zu haben seid, daß es Euch nur darauf ankommt, ein leeres demagogisches Manöver durchzuführen, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Ich beantrage Schluß der Debatte, damit wir zu der wichtigen Angelegenheit der Landesbank kommen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir brauchen daher über den Schlußantrag nicht abzustimmen.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Ich darf noch mitteilen, daß für die heutige Sitzung entschuldigt sind die Herren Krawinkel, Dr. Mönning und Dechamps.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich schlage vor, die Gegenstände unter Nr. 3, Drucksachen 16 und 18, zu verbinden.

Zur Drucksache 16 ist Berichterstatter Herr Dr. Silverberg. Ich nehme an, daß er auch zu dem zweiten Punkte die Berichterstattung übernimmt.

Abgeordneter Dr. Silverberg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Angelegenheit der Landesbank ist eine solche, die die breiteste Öffentlichkeit nicht nur in der Rheinprovinz, sondern auch darüber hinaus auf das eingehendste beschäftigt hat. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sprechen Sie auf der Industriellen-Tagung auch so leise?) Genau so leise spreche ich immer. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wir möchten gerne etwas hören!) Wenn Sie ruhig sind, können Sie mich auch verstehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, Ruhe zu halten und hinten die Türen zu schließen.

Abgeordneter Dr. Silverberg (fortfahrend): Die Provinzialverwaltung und die Kommission des Provinziallandtages haben sich in der eingehendsten, sorgfältigsten Weise mit den Angelegenheiten der Landesbank beschäftigt, und, wie Sie aus der Drucksache und dem Entschließungsentwurf, der sich

in Ihren Händen befindet, ersehen, ist die Materie in der eingehendsten Weise und besonders nach zwei Gesichtspunkten erörtert worden. Der erste Teil der Erörterung in der Kommission betraf die Vergangenheit, d. h. die Entwicklungsklinie, die zu dem Zustande geführt hat, in dem die Landesbank im Juni vorigen Jahres in ausgesprochene Schwierigkeiten kam. Der zweite Teil der Erörterung, dem die Kommission besonders große Bedeutung beimaß, liegt darin, welche Wünsche und Forderungen der Rheinische Provinziallandtag für die Zukunft und für die zukünftige Entwicklung der Landesbank aufzustellen hat und aufstellen muß. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Lauter, wir verstehen nichts! Zuruf des Abgeordneten Dr. Hagen: Wir können auch hier nichts verstehen! Sie müssen etwas lauter sprechen! Zuruf des Abgeordneten Dunder: Keinen Satz versteht man hier! Können Sie nicht einen Lautsprecher aufstellen?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Können Sie nicht etwas ruhiger sein?

Abgeordneter Dr. Silverberg (fortfahrend): Ich möchte mich in meinen Ausführungen an die Disposition halten, wie sie in der Entschließung ihren Niederschlag gefunden hat. Also zuerst die Vergangenheit.

In der Entschließung ist auf das Gutachten des Provinzialausschusses und der Kommission des Provinzialausschusses hingewiesen, und diesem Gutachten ist zustimmend beigetreten worden. Jedoch darüber hinaus hat die Kommission die beiden hauptsächlichsten Punkte, auf die es in der Kritik angekommen ist, besonders hervorgehoben, nämlich die bankpolitischen Maßnahmen und die bilanztechnischen Maßnahmen. Sie hat aber auch darauf hingewiesen, daß für die Beurteilung des Gesamtkomplexes, besonders was die banktechnischen Maßnahmen angeht, die damaligen Zeitverhältnisse nicht außer acht gelassen werden dürfen.

Sie werden mir deshalb gestatten, meine Damen und Herren, daß ich, um Ihre eigene Entschließung vorzubereiten und die der Kommission zu begründen, auch in Kürze auf die damaligen Zeitverhältnisse eingehe.

Wir haben festzustellen, was in der Finanzgeschichte der Welt einzig ist, daß zu wiederholten Malen die Finanzposition der Länder zueinander zu politischen Zwecken gebraucht oder, wenn Sie wollen, mißbraucht worden ist. Wir haben den ersten Run auf Deutschland in der Mitte des Jahres 1929 festzustellen, in einer Zeit, in der während der Verhandlungen über den Youngplan ein besonderer Druck auf Deutschland dadurch ausgeübt worden ist, daß kurzfristige Forderungen des Auslandes gegen Deutschland, im Uebermaß, politisch bedingt und nicht aus geschäftlichen Gründen, zurückgezogen worden sind. Es ist damals mit außerordentlichen Anstrengungen und schnellem Handeln gelungen, diesen Run auf Deutschland abzuwehren. Der zweite Vorstoß ähnlicher Art fand im Herbst 1930 nach den Wahlen statt. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß im Winter 1930/31 sich wirtschaftlich und finanzpolitisch anscheinend eine gewisse Beruhigung in Deutschland und in der Welt zeigte. Es traten, wie es die normale Erscheinung bei schlechter, tiefegebender Konjunktur ist, auf dem Weltmarkt zweifellos größere Flüssigkeiten ein, und im Anfang des Jahres 1931 hatte man auch, wenn nicht die Ueberzeugung, so doch die Empfindung, daß

der Krisenablauf sich in gewissen normalen Linien bewegen würde. Es waren zweifellos auch in der deutschen Wirtschaft Anzeichen festzustellen, daß eine gewisse bessere Beschäftigung sowohl der Produktionsmittelindustrie wie auch der Konsumgüterindustrie einträte. In diese Entwicklung trat dann ein politisches Ereignis, das international außerordentliche Unruhe ausgelöst hat, nämlich die Auegung der Zollunion Deutschland/Österreich. Angesichts der Labilität der Gesamtverhältnisse war zu befürchten, daß dieses politische Ereignis seine Rückwirkungen und seine Einwirkungen auch auf die Dispositionen der Geld- und Kapitalmärkte ausüben würde. (Zuruf des Abgeordneten Haate: Wir glauben hier alles!) Das ist auch geschehen, und zwar in einem Maße, daß nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt unter diesen Kapitalbewegungen in eine außerordentliche Notlage und Bedrängnis geriet. Die Folgen dieser Maßnahmen haben den ursprünglich eigentlich beabsichtigten Zweck weit übertroffen. Eine der unmittelbarsten Folgen dieser Maßnahmen war der nunmehr deklarierte Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt. Dieser Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt hat deshalb seine Rückwirkungen und Ausstrahlungen auf Deutschland in so erheblichem Umfange gezeitigt, weil durch die Erklärung der deutsch-österreichischen Zollunion sich Deutschland weit mehr, als es finanzpolitisch und geschäftlich — ich spreche nicht von allgemeiner Politik — richtig war, mit Oesterreich nach außen hin identifizierte.

Meine Damen und Herren! Maßgebend für die Zeit, auf die diese Bemerkungen in dem Vorschlage der Kommission hinzielt, daß die Beurteilung der damaligen Zeitverhältnisse nicht außer acht gelassen werden dürfe, war zur Hauptsache die Entwicklung der Jahre 1929 und 1930 und des Anfangs des Jahres 1931. Ich glaube, ich habe ziemlich klar diese Entwicklung gekennzeichnet, die selbst großen Skeptikern und Leuten, die gewohnt waren, in ihren Finanz- und geschäftlichen Dispositionen mit besonderer Vorsicht zu arbeiten, national und international ganz außerordentliche Ueberraschungen gebracht hat. Vielleicht wären diese Ueberraschungen weniger stark und weniger eklatant gewesen, wenn nicht durch eine unglückselige Verkettung von Umständen international die Auswirkungen verschärft worden wären. Ich weise darauf hin, daß es die Konferenz von Genua war, die als erste neben der Golddeckung eine Devisendeckung für die Notenbanken vorgeschrieben hat. Devisen bedeutet aber — das möchte ich auch in diesem Kreise in Erinnerung rufen — nichts anderes als eine sehr kurzfristige Forderung an das Ausland. Und wenn bei Rückdeckung ausländischer Guthaben diese kurzfristigen Forderungen an einer Stelle eingelöst werden, ist es ganz naturgemäß, daß zur Deckung dieser Forderungen wieder kurzfristige Forderungen an anderer Stelle im selben Ausmaß, wenn nicht in erhöhtem Maße — aus der Tendenz nach Sicherheit — eingelöst werden. So ist es auch geschehen. Es sind durch diese Maßnahmen, die in ihrem Ausgang den bezweckten politischen Druck auf Deutschland ausgeübt haben, Kapitalbewegungen in der gesamten Welt ausgelöst worden, die schließlich zu Schwierigkeiten geführt haben, von deren Ausmaß man sich im Anfange auch in dem durch Tributleistungen

geschwächten Deutschland und auch in der Zeit, als alles in Bewegung war, überhaupt noch keine richtigen Begriffe gemacht hat, und die schließlich dazu führten, daß das in der Finanzgeschichte einzigartige und gewaltigste Ereignis eintrat, nämlich die Abkehr Englands vom Goldstandard.

Meine Damen und Herren! Ich habe vielleicht etwas überlange bei der Darstellung dieser eigenartigen und einzigartigen finanzpolitischen Bewegung verweilt und ihr internationales Schwergewicht und ihre Bedeutung besonders klargelegt, weil, gemessen an diesen eruptiven — möchte ich beinahe sagen — Erlebnissen, man wirklich zu dem Schluß kommen muß, daß auch ein Direktor der Landesbank in Düsseldorf nicht in weiser Voraussicht in allen Teilen seines Handelns und bei allem, was er tat und unterließ, imstande war, diese Entwicklungslinie, wie sie tatsächlich in diesen gewaltigen Formen eingetreten ist, von vornherein zu kennen und zu wissen. Ich glaube, meine Herren, um ganz ehrlich zu sein (Lachen bei den Nationalsozialisten): Wenn der Direktor der Landesbank so prophetisch begabt und ein so genauer Kenner der Entwicklung der internationalen Finanzzusammenhänge gewesen wäre, dann wäre er nicht Direktor der Landesbank in Düsseldorf geblieben (Sehr richtig! in der Mitte), sondern dann wäre er darüber hinaus zu den allerhöchsten Stellen berufen worden, die irgendwie mit dem internationalen und nationalen Finanzwesen zusammenhängen.

Trotzdem, meine Damen und Herren, ist es unsere Pflicht, darauf einzugehen, was rückschauend — wie es ausdrücklich hervorgehoben werden muß — an den bankpolitischen Maßnahmen der Verwaltung der Landesbank nicht alles gutgeheißen werden kann.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Landesbank als öffentliche Bank eine besondere Stellung innerhalb der Bankwelt überhaupt einnimmt, und zwar nach zwei Richtungen: Wegen der Zusammenfassung ihrer Kreditoren und vor allen Dingen wegen der Zusammenfassung ihrer Debitoren. Es ist in diesem Zusammenhänge aber ausdrücklich festzustellen, daß diese Gestaltung von Kreditoren und Debitoren, wie sie tatsächlich vorliegt, sich so entwickelt hat und nicht anders ist, als sie die Satzungen der Landesbank vorschreiben.

Meine Damen und Herren! Es liegt der Kommission daran, ausdrücklich zu erklären, daß auf bankpolitischen Gebieten oder auf Gebieten, die bankpolitisch ihren Niederschlag finden, festzustellen ist, daß die Verwaltung der Landesbank nicht ein satzungswidriges Geschäft gemacht hat und daß die eigentliche Geschäftsabwicklung und Geschäftsbehandlung sich in absoluter Korrektheit vollzogen hat. Das wird auch in allen Gutachten, in allen noch so kritischen Prüfungsberichten ausdrücklich festgestellt, mit einer einzigen minimalen Ausnahme. Meine Damen und Herren, das ist eine Beteiligung an der Rheinischen Bauernbank, die aber als solche auch wieder mit Genehmigung des Verwaltungsrates geschehen ist. Ich bin empfindungsgemäß der Auffassung, daß diese Beteiligung an der Rheinischen Bauernbank doch auch einen gewissen allgemeiner wirtschaftlichen Zweck verfolgte und nicht so zu charakterisieren ist, als wenn die Landesbank sich satzungswidrig hier an einem Erwerbsunternehmen mehr oder

weniger bankspekulativer Art beteiligt hätte. Der Verlust aus dieser Beteiligung beziffert sich auf rund 250 000 RM, ist also auch nach der Größenordnung nicht erheblich.

Im übrigen ist in diesem Zusammenhange auch festzustellen, daß keine Inkorrektheit persönlicher oder sachlicher Art auch in den kritischsten Prüfungsberichten festgestellt ist, daß z. B. der eine wichtige große Komplex der Arbeiten der Landesbank, das Hypothekengeschäft, nicht nur formell, sondern auch materiell bis in alle Einzelheiten in Ordnung ist. Es ist ferner festzustellen — und das ist auch eine sehr erfreuliche Feststellung —, daß in den Tatbeständen, die der Beurteilung und dem Werturteil nachher zugrunde liegen, keine Meinungsverschiedenheit in den Prüfungsberichten gegenüber den eigenen Angaben der Direktion der Landesbank vorliegt. Auch die Tatbestände sind vollkommen einheitlich ohne Meinungsverschiedenheit klar. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Sie sollten dem Direktor den Roten Adlerorden verleihen!) Das können Sie ja später machen.

Was nun die bankpolitischen Fragen anlangt, über die man verschiedener Meinung sein kann, so handelt es sich um folgendes. Die Landesbank hat kein Depositen-geschäft, sondern die Kreditorenschaft der Landesbank setzt sich zusammen einmal aus denjenigen Geldern, die die Sparkassen bei der Landesbank in ihrer Eigenschaft als Girozentrale untergebracht haben, d. h. aus den sogenannten Liquiditätsreserven der Sparkassen, zweitens aus denjenigen langfristigen Geldern, die die Landesbank gegen selbstausgegebene Pfandbriefe und kommunale Schuldschreibungen und gegen Schuldscheindarlehen ausgegeben hat. Der dritte große Komplex von Kreditoren sind Bankgläubiger, d. h. diese Kreditoren sind deutsche und zum Teil auch ausländische Banken, die auf Wunsch der Landesbank, zum großen Teil aber auch aus eigener Initiative, ihre disponiblen Gelder bei der Landesbank untergebracht haben. Und vielleicht ist der letzte Posten der Bankgläubiger derjenige, bezüglich dessen bankpolitisch die Kritik einzusetzen berechtigt ist. Die Kreditoren von Privatbanken setzen sich aus Personen zusammen, die selbst ihr eigenes Geld unmittelbar der Bank geben, während über das Belassen des Geldes bei der Bank oder das Abziehen des Geldes von der Bank der Eigentümer, also der Kreditör, selbst in seiner eigenen Person allein berechtigt und imstande ist, sich zu entschließen. Wenn dagegen Banken und Bankinstitute Gelder bei der Landesbank unterbringen, sind diese Bankinstitute in ihrer Willensbildung, ob sie die Gelder bei der Landesbank belassen oder nicht, wieder von dritten, nämlich von ihren eigenen Kreditoren, abhängig. Und es ist ganz zweifellos, meine Damen und Herren, daß darin — in der Zusammensetzung der Kreditorenschaft bei der Landesbank — ein Schwächemoment liegt. Dieses Schwächemoment hat sich auch in der Entwicklung der Dinge als tatsächlich vorhanden gezeigt.

Ähnlich liegt es mit den Debitoren. Es ist selbstverständlich ein großer Unterschied, ob Debitoren vorhanden sind, die selbst in eigenen, aktiv sich bewegenden Geschäften stehen, oder ob Debitoren vorhanden sind, die reine Finanzschulden machen, ohne selbst im wesentlichen — das unterstreiche ich — aktive,

lebende Geschäfte zu besitzen. Soweit unter dem Namen von Gemeinden und Gemeindeverbänden — um die handelt es sich ja zum großen Teil — wieder Gelder der Landesbank in eigenen Unternehmungen dieser Gemeinden, die für sich werben, tätig sind und arbeiten, untergebracht sind, ist das eine Sache für sich. Hier liegt kein wesentlicher Unterschied vor, ob die Landesbank unmittelbar an selbständige Unternehmungen ihre Gelder verliehen hätte oder an die Unternehmungen der Gemeinden, soweit nicht — selbstverständlich kameralistisch gesehen — die Forderung als Einheitsforderung, als Gemeindeforderung erscheint. Aber vom Standpunkte der kreditnehmenden Gemeinde und damit auch vom Standpunkte der kreditgebenden Landesbank, ist es ein großer Unterschied, ob ein reiner etatsmäßiger Finanzbedarf einer Stadt durch die Landesbank befriedigt wird oder ob die Landesbank der Gemeinde oder dem Gemeindeverband eine größere Summe darleiht, die als solche dazu bestimmt ist, wieder in einem verbenden Unternehmen tätig zu sein. Nun ist es ja kein Zweifel, meine Damen und Herren, und es hieße vollständig die Situation verkennen, wenn man nach der Kenntnis der Entwicklung, wie sie gelaufen ist, nicht sagen müßte: Die Landesbank hat in weitgehendem und sicher auch in zu weitgehendem Maße ihre Darlehenskraft und ihre Darlehensmöglichkeit den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Es ist ja auch nicht so, als ob nicht in vorsichtiger Form, wie es angemessen und richtig war, auch in diesem Hause schon darauf hingewiesen worden wäre. Aber die Kommission ist der Auffassung, daß alle, auch berechtigte Kritik ex post unbedingt darauf angewiesen ist, die gesamten Umstände, aber auch vor allen Dingen die Aufgaben der Gemeinden selbst und die Aufgaben der Landesbank zu berücksichtigen und weiter zu berücksichtigen: Welches war in allen diesen Zeiten in Deutschland das größere Ziel? Vielleicht eine Maßnahme bei der Landesbank zu treffen, die bankpolitisch nicht mit der allergrößten Liquidität sich vereinigen ließ, oder in einer für unser gesamtes Land so außerordentlich bedeutsamen Provinz wie der engbevölkerten industriellen und stark gewerblich tätigen Rheinprovinz vorzeitig — so muß man heute nach der Entwicklung sagen — Schwierigkeiten auf finanziellem Gebiete bei den großen Gemeinden und Gemeindeverbänden entstehen zu lassen.

Wenn man die Dinge in der Entwicklungslinie verfolgt, muß man der Auffassung, die sich bei der überwiegenden Mehrheit der Kommission gebildet hat, zustimmen, daß auch die Direktion der Landesbank vielleicht in Verkennung des einen oder anderen Umstandes, aber in der großen Linie Notwendigkeiten Rechnung getragen hat, denen sie nicht entgehen konnte. Sicher ist, daß, wenn die Landesbank nicht den Kreditwünschen der Gemeinden nachgekommen wäre, dann eben die Gemeinden selber schon vor längerer Zeit in besondere Schwierigkeiten gekommen wären. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß in dieser kritischen Periode, um die es sich handelt, den Gemeinden selbst und der Landesbank auch unmittelbar zahlreiche Gelder aus dem Auslande kurz- und langfristig angeboten wurden, und es ist nicht zu verkennen, daß auch — das ist mir persönlich bekannt, das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen — in der Zeit an ver-

schiedenen Stellen unserer Provinz und bei großen Debitoren der Landesbank ernsthafteste Verhandlungen über die Konsolidierung der Verbindlichkeiten dieser Gemeinden und Gemeindeverbände geführt worden sind. Daß sie sich zum Schluß nicht erfüllten, hatte in den Fällen, die mir bekannt sind, zum großen Teile auch in allgemeinpolitischen Gründen, für die die einzelne Gemeinde wirklich nicht verantwortlich gemacht werden kann, seine Ursache: daß, international gesehen, einmal ein Mißtrauen gegenüber Deutschland im ganzen bei der internationalen Geldgeberschaft eintrat, daß aber auch — und das darf nicht verkannt werden — in den Ländern selbst die finanziellen Verhältnisse und die finanziellen Möglichkeiten sich in einer ganz anderen Form entwickelt haben, als es die Länder und das Ausland zu bestimmten Zeiten selbst geglaubt haben. Man wirft hier in Deutschland manchen Leuten, die im Geschäftsleben und im gewerblichen Leben stehen, vor, sie hätten es an der genügenden Voraussicht fehlen lassen. Meine Herren! Es gab eine Periode, da schien die höchste finanzielle Weisheit gerade von über dem Meer und über den Kanal zu kommen. Ich glaube, daß alle Finanzleute, wenn sie heute fragen und ehrliche Antwort heischen, sagen müssen, daß eine Entwicklung, wie sie in Amerika nach dem kritischen Herbst 1929 eingeseht hat und wie sie in England schließlich zur Aufgabe des Goldstandards für das Pfund Sterling führte, auch von den vorsichtigen Finanzleuten drüben nicht in dem Maße und in der Stärke vorausgesehen worden ist.

Meine Herren! Unter diesen Gesichtspunkten beurteilt die Kommission die bankpolitischen Maßnahmen der Direktion der Landesbank. Die Tatsachen und die Entwicklung haben gezeigt, daß sie hätte vorsichtiger sein können. Aber die Ehrlichkeit verlangt zu gestehen, daß einmal die Direktion der Landesbank in Wahrung ihrer satzungsgemäßen Pflicht Geschäfte gemacht hat, die sie machen durfte, und daß sie vielleicht bei der Durchführung dieser Geschäfte über die Grenzen hinausgegangen ist und in dem einen oder anderen Falle die kaufmännische Vorsicht und kaufmännische Engherzigkeit hat vermissen lassen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Faule Geschäfte!)

Nun ist eine ganz breite Erörterung über die Frage der Liquidität der Landesbank eingetreten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe schon sehr lange im Geschäfts- und Bankleben. Ich kann Ihnen sagen, daß die Liquiditätsfrage keine Frage ist, auf die irgend ein Mensch in der Welt eine absolute Antwort geben könnte. Auch kein Mensch in der Welt kann irgendwelche Formulierungen und irgendwelche Grenzen für eine richtige Liquidität aufstellen. Ich will Ihnen aus meiner eigenen Praxis ein Beispiel sagen: Eine der größten Banken in Deutschland hat zu irgendeiner Zeit ein Portefeuille an reinen Handelswechseln von 1,4 Milliarden gehabt. Es wird also jeder sagen, die denkbar beste Finanzdisposition, die es gibt, die höchste Liquidität. Ob die Bank trotz diesem Portefeuille im gegebenen Augenblick liquide war oder nicht, hängt ganz allein von dem Umstande ab, ob die Reichsbank imstande und in der Lage gewesen wäre, 1,4 Milliarden Wechsel von einer Stelle zu nehmen. Bedenken Sie, daß zu derselben Zeit das Wechselportefeuille der Reichsbank, das sie ständig unterhielt, nicht größer war als das dieser einzelnen

Bank, und nun stellen Sie sich vor: an diese einzelne Bank werden die größten Anforderungen gestellt, sie hat die denkbar größten Liquiditätsreserven, und sie kann doch illiquid werden, wenn nämlich ein Dritter, nämlich die Reichsbank, die aus ganz anderen Erwägungen zu handeln hat, nicht imstande ist, in diesem Umfange das Wechselportefeuille der einzelnen Bank aufzunehmen. Die Gründe, aus denen die Reichsbank zu handeln hat, liegen eben zum größten Teil außerhalb der Erwägung, ob sie willens ist, Kredit zu geben oder nicht; denn die einzige Kreditgebemöglichkeit, die die Reichsbank hat, ist der Wechselkauf und das Darlehen gegen Lombard. Wenn die Reichsbank aus politischen Gründen verpflichtet ist, einen besonderen Währungsschutz auszuüben, d. h., wie man es in der Praxis ausdrückt, eine Restriktionspolitik in der Kreditgewährung zu treiben, dann nützt auch einer Bank das größte und schönste Wechselportefeuille nichts, dann wird sie trotzdem illiquide. Ich habe Ihnen dieses Beispiel angeführt, nicht um zu sagen, daß die Landesbank überliquid gewesen wäre und in der Liquidität immer richtig disponiert hätte, sondern um Ihnen zu sagen, wie absolut relativ dieser Liquiditätsbegriff ist, daß es gänzlich unmöglich ist, Grenzen oder Regeln, etwa in Prozenten, für die Liquidität einer Bank aufzustellen.

Die zweite Begrenzung für die Liquidität liegt in etwas anderem. Wenn eine Bank 100 Prozent ihrer Kreditoren in Liquiditäten anlegt oder selbst in Grenzen von 75 oder 65 Prozent —, so kann die Bank als Bank ihr Geschäft einstellen; denn es ist menschenunmöglich, daß die Bank noch verdienen, noch ein werbendes, aktiv handelndes Institut sein kann, wenn sie dazu übergeht, in dem Maßstabe ihre eigenen Kreditoren in Liquiditäten anzulegen.

Nun ist hier sehr viel darüber gestritten worden, ob das Liquiditätschema der Landesbank richtig ist oder nicht. Meine Herren! Auf derartige Schemata kann man überhaupt nicht viel geben, auch nicht auf Liquiditäten erster und zweiter Ordnung und Jahresdurchschnittsliquiditäten. Das ist alles relativ zu nehmen, es lassen sich da keine festen Regeln aufstellen. Ebenso wie bei einer Sparkasse ist auch hier nicht eine geschätzte Prozentzahl für die Liquidität entscheidend, sondern entscheidend ist, wie sich die Liquidität im kritischen Moment gestaltet. Und da ist festzustellen, daß die Landesbank in einem kritischen Moment, dessen Konzentration an Krisenhaftigkeit weit über das hinausging, was bis dahin die Welt kannte, imstande war, 125 Millionen zu zahlen, und sie auch effektiv gezahlt hat. Meine Herren! Wir denken vielleicht unwillkürlich, ohne daß wir es wissen, noch etwas in Inflationszahlen. Ich glaube, kein Deutscher unserer Generation kann sich so ganz, so absolut von großen Zahlen emanzipieren. Deshalb ist es um so notwendiger, immer wieder zu sagen: Bedenken Sie bitte, was 125 Millionen RM sind! 125 Millionen ist eine Summe, über die in Friedenszeiten der Reichstag zwei bis drei Monate beraten hat, ob sie in Anleiheform irgendwie placiert werden konnten. Das ist meines Erachtens für eine Bank im Ausmaße der Landesbank eine große anerkennenswerte — ich will nicht sagen: eine ungeheure — Leistung, denn das wäre ein übertriebener Superlativ. Daß die Liquidität nicht genügt hat, ist festzustellen. Aber, meine sehr geehrten Damen

und Herren, an dieser Stelle zwingt mich auch der Drang zur Wahrheit, ein offenes Wort der Kritik zu sagen.

Die Landesbank ist schon im Juni 1931 in Schwierigkeiten gekommen, während, wie Sie wissen, die allgemeine große Krise in Deutschland durch die Ereignisse des 12. und 13. Juli ausgelöst wurde. Ich habe persönlich die Ueberzeugung, daß, wenn man der Landesbank in den für sie kritischsten Tagen Ende Juni bereitwillig und sofort durch Stützung ihrer Liquidität geholfen hätte, dann die Schwierigkeiten, wie sie jetzt leider bedauerlicherweise in dem großen Ausmaße vor uns liegen, nicht in dem Umfange eingetreten wären. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Damals haben die Kommunisten die Einberufung des Landtages verlangt, das wurde abgelehnt!) Ich glaube, wenn in diesen kritischen Tagen die Reichsbank bereitwillig der Landesbank in einem Ausmaße von 75 Millionen auf der Basis von mehr oder weniger guten oder mehr oder weniger richtig konstruierten Finanzwechseln zu Hilfe gekommen wäre, dann wären die Schwierigkeiten vermieden worden. Aber genau so, wie Mitte Juli die Reichsbank auch die große Sorge hatte, ihr Portefeuille mit Finanzwechseln zu belasten, als es sich darum handelte, eine rechtzeitige Stützung der Privatbanken herbeizuführen, genau so war es, vielleicht noch in verstärktem Maße drei Wochen früher, und schließlich war das Ergebnis, daß zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft und der Finanzwirtschaft des gesamten Landes die Reichsbank doch in erheblichem Umfange über die Akzept- und Garantiebänk Wechsel nehmen mußte, um eine Stützung des deutschen Geld- und Bankwesens herbeizuführen. Heute kann man diese Tatsache nur mit Bedauern feststellen. Aber auch hier gilt selbstverständlich, daß man ex post auch wieder die Umstände und Zeitereignisse zugunsten der Reichsbank berücksichtigen und verstehen muß, daß auch bei der Reichsbank eine berechtigte Scheu war, ihr Portefeuille zu stark mit Finanzwechseln zu belasten, und daß es immer der erste Schritt ist, der hier für die Landesbank getan werden mußte, der die Schwierigkeiten macht; ist erst einmal der erste Schritt geschehen, dann geht es bekanntlich nachher immer leichter.

Meine Damen und Herren! Das zum Bankpolitischen und zur Frage der Liquidität. Es ist dann in dem Beschluß darauf hingewiesen, daß der Aufbau der Bilanz bilanztechnisch nicht in allen Teilen zu billigen ist. Meine Herren! Das bezieht sich hauptsächlich auf zwei Punkte. Es bezieht sich zunächst darauf, daß unter Nr. 3 der Aktiven Schecks und Wechsel in einer Summe mit 52 Millionen ausgewiesen sind, daß in der letzten Bilanz per 31. Dezember 1930 unverzinsliche Schabanweisungen des Reichs und der Länder mit 54 Millionen erscheinen, und unter den Schecks und Wechseln waren in erheblichem Umfange Kommunalwechsel, d. h. Akzente der Kommunen, die nicht unter allen Umständen bei der Reichsbank diskontfähig waren, während nach dieser Art der Darstellung unbedingt die Annahme hervorgerufen werden konnte, daß diese Schecks und Wechsel reine Handelswechsel waren, die man unter allen Umständen bei der Reichsbank diskontmäßig hätte placieren können. Was aber viel wichtiger ist, ist die Einteilung. Die Bilanz ist auf der Passivseite eingeteilt in erstens Kapital-

anlagen, zweitens Reserven und drittens Kreditoren. Unter den Kreditoren ist ausdrücklich unterschieden zwischen solchen, die innerhalb 7 Tagen, solchen, die in drei Monaten und solchen, die nach mehr als drei Monaten fällig sind. Nach dieser Aufstellung mußte jeder, der die Bilanz las, annehmen, daß Kreditoren irgendwelcher Art mit anderen Fälligkeiten nicht mehr vorhanden wären. Die Landesbank ist aber in ihrer Verbuchung unter Nr. 5: Langfristige Anleihen einem schlechten Brauche, der auch anderswo besteht, gefolgt, der dahin geht, daß für die Verbuchung eines Darlehens, besonders von Bankgebern, nicht die tatsächliche Verfallzeit, sondern die ursprünglich vereinbarte Laufzeit maßgebend sein soll. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Bilanzverschleierung!) Das heißt, wenn eine Bankforderung auf ein Jahr fest gegeben war und dieses Jahr bis auf 14 Tage abgelaufen war, dann wurde diese Bankforderung immer noch als Forderung auf ein Jahr verbucht oder bilanzmäßig ausgewiesen und nicht unter diejenigen Verbindlichkeiten einrangiert, die innerhalb 14 Tagen fällig waren. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Siehe Kassenellenbogen!) Es ist kein Zweifel, daß im Sinne einer richtigen Bilanzklarheit es zweckmäßiger gewesen wäre, eine andere Einteilung in der Bilanz vorzunehmen.

Das sind die beiden Hauptpunkte, die auch vom Provinzialausschuß in seinem Gutachten und auch von der Kommission unter der Rubrik: „Bilanztechnisch nicht in allen Teilen zu billigen“ hervorgehoben wurden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte damit den ersten Teil meiner Ausführungen abschließen, den Teil: Kritik an der Vergangenheit und Erläuterungen und Erläuterungen, wie die Dinge sich entwickelt haben, Erläuterung vor allen Dingen des Satzes, daß die Beurteilung der damaligen Zeitverhältnisse bei der Beurteilung des Gesamtkomplexes nicht außer acht gelassen werden darf. Meine Damen und Herren! Es ist nicht so, daß ich lediglich im Auftrage der Kommission eine nur entschuldigende oder nur erklärende Rede zu halten hätte. Die Kommission war sich vollkommen darüber klar, daß in diesen von mir besonders beanstandeten Komplexen es erwünschter und erfreulicher gewesen wäre, wenn das eine oder andere oder alles anders oder besser gewesen wäre. Aber zwischen einem kritischen Wunsch und einer absolut verurteilenden Kritik ist ein Unterschied, und die Kommission legt Wert darauf, daß dieser Unterschied auch von dem Hause hier anerkannt und festgelegt wird.

Ich komme nunmehr zum zweiten Teil meiner Ausführungen: Was soll aus der Landesbank werden?

Meine Damen und Herren! Während der Dauer dieser Sessionsperiode hat der Herr Landeshauptmann mit den zuständigen Stellen in Berlin Verhandlungen geführt, die in II Nr. 2 der Ihnen vorgelegten Entschließung ihren Niederschlag gefunden haben. Ich hoffe und die Kommission hofft, daß die Verhandlungen, die nunmehr eingeleitet sind, zu einem günstigen und vorteilhaften Erfolge führen.

In der Kommission ist sehr klar zum Ausdruck gekommen und mit allem Nachdruck und aller Intensität unterstrichen worden, daß die Aufrechterhaltung der Landesbank als aktives und verbendes Bank-

institut eine unerläßliche, unbedingte Notwendigkeit ist, nicht nur für die öffentliche und die private Wirtschaft unserer Provinz, sondern darüber hinaus für die öffentliche und die private Wirtschaft des gesamten Landes, mit der die Landesbank in eingehender, intensiver Weise als Schuldner und mittelbar oder unmittelbar auch als Gläubiger verflochten ist. Es wäre in höchstem Maße bedauerlich, wenn die Landesbank als Bankinstitut gewollt oder ungewollt einer stillen Liquidation entgegengeführt würde. Es wäre vor allen Dingen schon deshalb bedauerlich, meine Damen und Herren, weil ja von allen denjenigen, die aus ihrer Kritik heraus derartige Andeutungen machen, kein einziger imstande ist, zu sagen: Wer soll denn die Landesbank ersetzen, wer soll die Funktion der Landesbank als kommunales Bankinstitut übernehmen? Ist heute eine öffentliche Bank oder eine Privatbank imstande oder in der Lage, diese Funktion der Landesbank zu übernehmen? Und glaubt denn irgendein halbwegs vernünftig denkender Mensch, daß in einer Provinz von der Dichte der Bevölkerung, mit dem hohen Stande der Industrialisierung der gewerblichen Betriebe und mit diesen zusammengebrängten Großstädten es möglich wäre, eine Finanzverwaltung dieser Provinz nach der kommunalen Seite zu führen, ohne daß ein öffentliches Bankinstitut als Hilfsinstitution dieser großen kommunalen Komplexe vorhanden ist? Es ist ganz unmöglich, und es ist auch keine Privatbank und keine öffentliche Bank in der Lage, diese absolut zwingend auszuführenden Funktionen und Notwendigkeiten zu übernehmen und auf die Landesbank zu verzichten.

Das ist der eine Grund. Der andere Grund ist folgender. Es ist auch in der Kommission viel davon gesprochen worden, ob die Debitoren der Landesbank gut sind, vor allen Dingen, ob die Gemeinden und die Gemeindeverbände als Debitoren der Landesbank gegenüber gut sind, oder ob es richtig ist, die sogenannte kommunale Umschuldung anzustreben, daß an Stelle der Schulden kommunale Effekten den Gläubigern der Landesbank in die Hand gegeben werden.

Meine Damen und Herren! Was die Frage der Bonität der Kommunen angeht, so ist es meiner Ansicht nach ein Frevel und ein Unrecht, ein sachliches Unrecht und ein Unrecht gegen das gesamte Land, die Bonität der Kommunen als Schuldner der Landesbank irgendwie anzuzweifeln. Es ist ein Debitor, der, wie die Entwicklung gelaufen ist, im Augenblick nicht in der Lage ist, Rückzahlungen zu bewirken, der vielleicht auch, wie die Dinge liegen, in seinen Zinszahlungen zögernd ist, aber darum noch lange kein Debitor, der allein deshalb abschreibungsbedürftig ist. Er kann selbstverständlich eine Bank dadurch in Schwierigkeiten bringen, daß die Zinseingänge fehlen, daß die Bank selbst in ein Stadium der Illiquidität kommt, das bei vernünftiger, richtiger und weitschauender Finanz- und Bankpolitik behoben werden muß. Sie sehen, daß sich die Ueberzeugung auch bei der Reichs- und Staatsregierung absolut durchgesetzt hat, daß diese Illiquidität bei der Landesbank ihren Ausgangspunkt findet in der Illiquidität der Kommunen, die behoben werden muß. Aber darum sich auf den Standpunkt zu stellen und mit einer Art sadistischer Kritik — anders kann ich es nicht bezeichnen — immer wieder zu predigen: Die Bonität der Kommunen ist anzuzweifeln, das halte ich

für ein Verbrechen an unserem Vaterlande. (Sehr richtig! im Zentrum. — Zuruf des Abgeordneten Daake: Sie sagen sonst immer: Die Nazis sind schuld!) Wer irgendwie Vertrauen zum eigenen Lande und dazu hat, daß unser Land und unser Volk die Nöte der Zeit bestimmt überwinden und aus diesen Nöten der Zeit wieder gefestigt und geläutert in mancher Beziehung hervorgehen werden, darf diesen Weg nicht dadurch verbauen, daß er davon ausgeht, in einer Ueberspannung der Kritik die Basis unseres reichen Gemeindelebens und des ganzen öffentlichen Lebens dadurch zu erschüttern, daß er die finanzielle Qualität der Kommunen anzweifelt. (Zustimmung.) Die großen nationalen und internationalen Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß in der Rückzahlung von geschuldeten Beträgen, zum Teil in der Zinszahlung Stockungen kommen mußten. Sie mußten deshalb kommen, weil andere soziale und innerpolitische finanzielle Aufgaben vordringlicher waren. Sie wissen ganz genau, daß, wenn nur Teilbeträge der Summen, die wider Erwarten und bedauernswerterweise für die Wohlfahrtspflege und was damit zusammenhängt, aus der öffentlichen und privaten Wirtschaft vordringlich aufgebracht werden müssen, für die Deckung der finanziellen Verpflichtungen der Kommunen verwendet werden dürften, von einer Anzweiflung der Bonität gar keine Rede sein könnte. Infolgedessen möchte ich als ausdrückliche Meinung der Kommission hier feststellen, daß wir uns unbedingt auf den Standpunkt stellen, daß die Bonität der großen kommunalen Organisationen in den einzelnen Gemeinden und Kommunalverbänden nicht angezweifelt werden darf; daß hier vorübergehend Zahlungsstockungen und Zahlungsschwierigkeiten vorhanden sind, daß aber Gemeinden und Städte mit dieser inneren Kraft des Volkes und der Bevölkerung aller Gewerbe in Handel und Industrie vollkommen zahlungsfähig und stark genug sind, Schuldner der Forderungen zu sein und zu bleiben, ohne daß irgendein Gläubiger Verluste an diesen Forderungen erleiden wird. Aus diesen Ueberlegungen heraus geht, wie Sie sehen, der Vorschlag dahin, das dringende Ersuchen an die Reichs- und Staatsregierung zu richten, nunmehr in baldiger Entscheidung über die Liquiditätsschwierigkeiten hinwegzuhelfen und dafür zu sorgen — das unterstreiche ich —, in der Landesbank ein aktives und werbendes Bankinstitut zu erhalten, weil auch keine Reichs- und Staatsregierung imstande ist, dieses notwendige aktive Bankinstitut irgendwie durch irgendeine Organisation zu ersetzen, ebensowenig wie die Privatbanken. (Beifall.)

Es ist dann in der Entschliessung darauf hingewiesen worden, daß eine Gemeinschaftsbank zusammen mit den Sparkassen eingerichtet werden soll. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sparkassen haben in einer so gewerbereichen Provinz selbstverständlich eine erhöhte und andere Bedeutung gewonnen wie in irgendwelchen anderen Provinzen. Sie sind zum großen Teile auch Träger des Kredits für die Landwirtschaft und den Mittelstand. Die Kommission hat es auch ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß sie sowohl für die Sparkassen wie für die Landesbank unbedingt wünscht, daß die Landesbank auch für die Folge den Nöten und Sorgen der Landwirtschaft und des Mittelstandes ihre besondere Aufmerksamkeit zuwendet. (Bravo! beim Christlichen Volksdienst.) Das tut sie am besten und sichersten auch so, daß sie sorgt, durch



die Gemeinschaftsbank eine möglichst starke Stütze der Sparkassen zu sein; denn die Sparkassen, unmittelbar mit dem gewerblichen Leben im Lande verbunden, sind am ehesten imstande, neben oder vor der Landesbank gerade in bezug auf die mittlere Landwirtschaft und den Mittelstand diese Kreditbedürfnisse zu erfüllen. Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die rheinischen Gewährsverbände für die Sparkassen schon dazu übergegangen sind, die Girofunktion, die die Landesbank bis dahin für die Sparkassen ausgeübt hat, zu ersetzen durch eine Girozentrale, die vorübergehend in Köln errichtet worden ist. Der primäre Wunsch der Kommission ging dahin, Ihnen die Entschliebung zu empfehlen, daß die Gemeinschaftsbank errichtet werden soll, in der die Girofunktionen für die Sparkassenverbände zusammen mit den Aufgaben der Landesbank in einer einheitlichen Verwaltung sichergestellt werden. Solange aber die Gemeinschaftsbank, die nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden kann, noch nicht vorhanden ist, geht der Wunsch dahin, daß ein Giroverband der rheinischen Sparkassen mit einer Girozentrale in Düsseldorf errichtet werden möge. In diesem Zusammenhange hat die Kommission ausdrücklich folgendes zum Ausdruck gebracht: Es gilt auch für die Landesbank, organisatorisch aus den Fehlern, die objektiv unter subjektiver teilweiser Entschuldigung gemacht worden sind, zu lernen. Diese Fehler mögen sich bei näherer Prüfung auch in den organisatorischen Aufgaben der Landesbank zeigen. Die Kommission ist der Auffassung, daß man eventuell notwendige Änderungen in der Organisation der Landesbank nicht erst davon abhängig machen sollte, daß eine Gemeinschaftsbank errichtet wird, sondern daß man zu organisatorischen Änderungen sich bereit erklärt, wenn bei einer ruhigen, abwägenden Würdigung aller Verhältnisse sich herausstellt, daß diese organisatorischen Änderungen zweckmäßig sind. Hierbei begreife ich erstens die Ergänzung des Verwaltungsrates durch verschiedene Personen, die vor allen Dingen dem Bank- und Finanzwesen näherstehen. Zweitens aber ist auch die Frage zu prüfen, ob eine kollegiale Direktion mit einem Primus inter pares nicht zweckmäßigerweise an die Stelle der Generaldirektoren zu setzen ist. Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen sollen nur andeuten, in welcher Form Erwägungen stattfinden können. Ob die Erwägungen schließlich, wenn man ruhiger über alle diese Dinge denkt, zu einem Ziele führen, das weiß ich nicht. Nach der Richtung hin möchte sich auch die Kommission in keiner Weise präjudizieren. Aber ich möchte, damit das nicht lediglich als eine hingehauene Redensart erscheint, Ihnen sagen, welche Ueberlegungskomplexe hier noch in Frage stehen.

Die Kommission ist dann der Auffassung, meine Damen und Herren, daß, solange sich die Entschliebungen der Reichs- und Staatsregierung über den bankgeschäftlichen Wiederaufbau der Landesbank nicht übersehen lassen, eine Entscheidung des Provinziallandtages hierüber, wie über eine Erhöhung der Provinzialumlage, nicht möglich ist. Infolgedessen vertagt sich der Provinziallandtag nach Erledigung des Haushaltsplanes und der sonstigen Vorlagen und ermächtigt den Vorsitzenden, den Provinziallandtag zu neuer Sitzung einzuladen, sobald eine weitere

Stellungnahme zur Frage der Landesbank notwendig ist.

Sie mögen aus diesem Vorschlage und Antrage ersehen, welche große Bedeutung die Kommission und die Provinzialverwaltung einmal der Sache selbst, dann aber auch der Mitwirkung des Landtages beimißt. Ich halte es für richtig, diesen Antrag anzunehmen und dadurch den Präsidenten in den Stand zu setzen, sobald sich die Notwendigkeit ergibt, mit möglichster Schnelligkeit den Landtag wieder zusammenzuberufen.

Es wird ferner gebeten: Der Provinziallandtag möge dem Provinzialausschuß und dem Landeshauptmann in der Vertretung der Interessen des rheinischen Provinzialverbandes in der Angelegenheit der Landesbank das volle Vertrauen aussprechen.

Meine Damen und Herren! Hierzu habe ich folgendes zu bemerken. Es mag vielleicht eigen erscheinen, daß ich, der ich selber dem Provinzialausschuß anzugehören die Ehre habe, dieses Vertrauensvotum beantrage. Aber es ist Ihnen bekannt, daß die eigentlichen Organe der Landesbank: Generaldirektoren, Verwaltungsrat, Landeshauptmann, Provinzialausschuß und Provinziallandtag durch Verfügung der Staatsregierung durch einen Staatskommissar ersetzt worden sind. Es liegt daran, zum Ausdruck zu bringen, daß der Provinziallandtag auf dem Standpunkt steht, daß die von ihm resortierenden, mit diesen Dingen zu befassenden Organe sein Vertrauen haben. Denn es ist selbstverständlich, und es hat sich auch in der Praxis gezeigt, daß nach und nach, und wenn es hart auf hart geht, an den Organen der Selbstverwaltung nicht vorbeigegangen werden kann, daß es auch für eine Staatsregierung unmöglich ist, schwerwiegende Entschlüsse zu fassen und dabei die Organe der Selbstverwaltung einfach auszuschließen. Die Organe der Selbstverwaltung glauben, allen Notwendigkeiten und Forderungen gerecht geworden zu sein, und bitten deshalb, auch zur Stärkung ihrer eigenen Position der Staatsregierung gegenüber, daß der Landtag sie ausdrücklich seines Vertrauens versichern möge.

Meine Damen und Herren! Unter den Kreditoren der Landesbank befinden sich bedauerlicherweise die Anstalten der Provinz in einem ziemlich erheblichen Umfange, darunter auch die Landesversicherungsanstalt. Ihre Kommission hat folgendes beschlossen:

„Der Provinziallandtag weist auf die dringende Notwendigkeit, daß insbesondere die Forderungen der Landesversicherungsanstalt an die Landesbank weitestmögliche Berücksichtigung finden.“

Zu dem Sinne geht auch ein etwas modifizierter Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, dem Staatskommissar bei der Landesbank zu empfehlen, daß von den der Landesbank zur Stützung zuließenden Mitteln die Forderung der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz bevorzugt behandelt wird.“

Diesen etwas abgeänderten Antrag konnte ich der Kommission nicht mehr vorlegen. Ich habe für meine Person keine Bedenken, den Antrag in der abgeänderten Form, wie er seitens der Sozialdemokratischen Partei vorliegt, auch Ihnen hier zur Annahme zu empfehlen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer kurzen Bemerkung schließen.

Es ist gewiß notwendig, Kritik zu üben, und jemand, der aufbauend arbeiten will, kann auch der Kritik nicht entbehren. Auf der anderen Seite aber ist aller Aufbau, der praktisch vorgeht, schließlich nichts anderes als ein Saldo von dem, was man falsch, und dem, was man richtig gemacht hat. Und wenn das, was man richtig gemacht hat, in diesem Saldo überwiegt, dann kann man Gott dafür danken und sich glücklich schätzen. Dann soll man nicht das unterstreichen, was man in dieser Aufrechnung falsch gemacht hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Siefmeier.

Abgeordneter Siefmeier: Meine Damen und Herren! Die nationalsozialistische Fraktion hat in Anbetracht ihrer dem Volkswillen völlig widersprechenden Haltung im Provinziallandtag es bisher abgelehnt, im Plenum an den Verhandlungen teilzunehmen. (Zuruf links: Aus politischen Gründen!) Aber bei der Landesbank handelt es sich um einen so eklatanten Fall des Verschagens einer provinziellen Einrichtung und einer Schädigung der rheinischen Bevölkerung, daß wir es hier für unsere Pflicht halten, uns helfend, klärend, aber auch anklagend und verantwortungsfordernd zu beteiligen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Ley ist wieder da!)

Wir vertreten ganz und gar nicht die Ansicht, die der Herr Landeshauptmann in seiner Staatsrede hier zum Ausdruck brachte und der sich der Zentrumsredner angeschlossen, daß es keinen Zweck hätte und nicht von Vorteil wäre, sich um die Vergangenheit und um die Frage nach Schuld und Ursache zu kümmern. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß, wenn eine Wiederaufrichtung der Landesbank erfolgen soll, in erster Linie die Schuldfrage und das Forschen nach der Ursache des Zusammenbruchs erledigt sein muß. Denn wenn nicht in organisatorischer und personeller Hinsicht eine Aenderung in der Landesbank erfolgt, dann könnte es sehr leicht möglich sein, daß jetzt eine Sanierung erfolgt, die in kurzer Zeit wieder einem Zusammenbruch Platz macht. Darum, meine Damen und Herren, zuerst völlige und restlose Klarheit und völlige Verantwortlichkeit. (Abgeordneter Haake: Bravo!)

Die Landesbankkommission hat hier durch ihren Vorsitzenden dem Provinziallandtag vorgeschlagen, daß der Provinziallandtag zustimmend Kenntnis nehmen soll von dem Bericht der Kommission, die vom Provinzialausschuß eingesetzt wurde. Wir können davon nicht zustimmend Kenntnis nehmen. Zunächst muß ich hier betonen, was in der nationalsozialistischen Presse schon zum Ausdruck gebracht worden ist, daß wir es für unzulässig halten, daß die Kommission in der Weise zusammengesetzt war. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!) Es ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die des Herrn Dr. Silberberg, die er gestern geäußert hat, daß zu denen, die zur Verantwortung herangezogen werden sollen und die sich rechtfertigen sollen, auch der Verwaltungsrat der Landesbank gehört. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Da ist es unzulässig, wenn in dieser Untersuchungskommission ein aktives und ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats über sich selbst zur Untersuchung sitzt. (Sehr wahr! bei den

Nationalsozialisten.) Es ist also von vornherein der Bericht, der uns hier als Drucksache 16 vorliegt, in diesem Punkte belastet, selbst dann, wenn man ein persönliches Mißtrauen gegen die beteiligten Herren nicht hat.

Nun zu dem Bericht selbst. Auf Seite 1 des Berichts ist auf die Satzung Bezug genommen. Dort ist als Grundsatz der Satzung angeführt, daß die rheinische Bevölkerung und die rheinischen Gemeinden mit billigem Grund- und Kommunalkredit versorgt werden sollten. Ich bin schon der Ansicht, daß die Verfasser dieser Satzung dadurch, daß sie voranstellten, daß die Bevölkerung mit Grundkredit versorgt werden sollte, darin auch die vornehmste Aufgabe erblickten. Zum allermindesten kann man aus der Satzung nur eine gleichmäßige Pflege des Grund- und Kommunalkreditgeschäfts entnehmen. Wie sehr aber diese Bestimmung mißachtet worden ist, ergibt die Aufstellung, die auf Seite 4 des Berichts steht, wonach 676,5 Millionen Kommunalkredit ausgeteilt ist und nur 81 Millionen Grundkredit. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Wenn als Meinung des Verwaltungsrats in diesem Bericht angeführt wird, daß die vornehmste Aufgabe die Pflege des Kommunalkredits sei, so können wir uns dieser Auffassung des Verwaltungsrats nicht anschließen. Ja, darüber hinaus sehen wir einen offensichtlichen Verstoß gegen die Satzung darin. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr richtig!) Wir glauben schon, daß diese Auslegung der Satzung diktiert ist von den vorherrschenden kommunalen Leitern im Verwaltungsrat. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Es konnte den zwangsmäßigen Geldgebern der Landesbank — ich denke da an die Sparkassen, die zu einer 10prozentigen Zwangsanlage bei der Landesbank verpflichtet waren — gar nicht eine genügende Liquidität dadurch gesichert sein, daß so große Summen bei den rheinischen Kommunen angelegt wurden.

Ich möchte nicht veräumen, darauf hinzuweisen, daß in der Vorkriegszeit sich die Landesbank in ganz anderer Weise an die Satzung gehalten hat. Damals hat sie tatsächlich ihre Haupt Sorge auf die Versorgung des ländlichen und städtischen Grundbesitzes mit Hypothekenkredit gerichtet. Wenn nun im Landesbankausschuß darauf hingewiesen wurde, daß veränderte Verhältnisse auch andere Methoden in der Geschäftsführung bedingten, so ist doch eines sicher, daß gar keine Aufgabe so vordringlich sein konnte, daß man alle guten Erfahrungen der Vergangenheit einfach über den Haufen warf. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Vor allen Dingen durfte es nicht dazu führen, daß die Satzung mißachtet und gegen ihre Bestimmungen verstoßen wurde.

In den letzten 10 Jahren hat sich die Landesbank in ihrem Geschäft planmäßig von der Hypothekenbegebung abgewandt und sich dem kurzfristigen Bankgeschäft zugewandt. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Als Ursache dafür kann ich nicht anerkennen, was auf Seite 4 des Berichts steht, daß nach der Inflation in den Jahren 1924 und 1925 es nicht möglich gewesen wäre, langfristige Anleihen zu begeben.

Als ein Beispiel von vielen führe ich wörtlich eine Stelle aus einem in meinem Besitz befindlichen Brief der preussischen Pfandbriefbank an. Er datiert vom

26. September 1924. Die in Frage kommende Stelle lautet:

„Wir können nur bestätigen, daß unser neuer, aus der Not der Zeit geborener 10prozentiger Pfandbrieftyp erfreulichen Anklang gefunden hat. Die Bank war dadurch in der Lage, mit dem Wiederaufbau ihrer Geschäfte einen guten Anfang zu machen.“

Meine Damen und Herren! Es wäre schon möglich gewesen, mit der Begebung von langfristigen Anleihen den Anfang zu machen, wenn man Lust und Neigung dem Hypothekengeschäft entgegengebracht hätte. Das scheint mir aber nicht der Fall gewesen zu sein.

Au dieser Stelle muß ich mich mit einer Anfrage an die Verwaltung wenden, da mir gerade gestern eine geradezu unglaubliche Mitteilung zu Ohren gekommen ist:

Ist es wahr, daß vor Erlass der Aufwertungsgebung alle Bücher und Konten sowie auch alle Akten über die vielen tausend Hypotheken und Darlehen vernichtet worden sind, so daß, als die Aufwertung kam, zu einer Berechnung das erforderliche Buchungsmaterial fehlte? (Abgeordneter Dr. Ley: Hört, hört!)

Sollte das der Fall sein, so erblicken wir darin einen geradezu unglaublichen Leichtsinns in der Geschäftsführung, der zu großen Schädigungen führen konnte. Aber ganz abgesehen davon, zeigt sich doch in der Vernichtung außerordentlich wichtiger Beleihungsunterlagen, in denen fast über jede rheinische Gemeinde bezüglich des Grund und Bodens Ertrags-, Verkaufs- und Pachtwerte feststanden, daß man gar nicht vorgehabt hat, sich dem soliden Hypothekengeschäft wieder zuzufehren. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wenn wir jetzt hier den Finger auf diese Dinge legen und dabei betonen, daß da Fehler gemacht worden sind, dann kommt man uns immer mit der Redensart, daß man das ja nicht alles vorher hätte wissen können. Man tut so, als wäre diese Krise von keinem vorausgesagt worden und als hätte sie auch von keinem vorausgesagt werden können. Dem muß ich widersprechen. Hier im Provinziallandtag und tausendfach draußen im Lande sind die Nationalsozialisten verlacht worden, wenn sie warnend sagten, man müsse Schluß machen mit der bisherigen Verschwendungs- und Anleihepolitik. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Im vergangenen Provinziallandtag ist von der nationalsozialistischen Fraktion in dieser Weise hier noch geredet worden. Wir haben Vorschläge gemacht, die aber nicht befolgt worden sind. In bezug auf die Kreditpolitik der Landesbank haben wir nachdrücklich unsere Mahnungen erhoben. Aber diese Mahnungen sind nicht nur von nationalsozialistischer Seite erfolgt. Schon aus dem Jahre 1925 datieren in der Fachpresse Ausführungen, die sehr ernsthaft in bezug auf die Geschäftsführung der Landesbank warnen. Aber diese warnenden Stimmen hat man einfach überhört. Man hat einfach nicht eingesehen, daß die Liquiditätssicherung nicht genügend war. Mir ist, wiederum von ganz zuverlässiger Seite, mitgeteilt worden, daß selbst einer der Filialdirektoren der Landesbank sich sehr scharf gegen diese Geschäftsführung gewandt hat und daß er selbst die Verantwortung für die Zukunft ablehnte. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten. — Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Der scheint Euch anzugehören!) Das ist um so verwunderlicher, als die

Landesbank ihren angeschlossenen Instituten, nämlich den Sparkassen, immer wieder die Vorschrift macht, höchste Vorsorge zu treffen, daß die Liquidität gewahrt sei. Die Direktoren haben da sehr häufig die Stellung der warnenden Tante eingenommen.

Was soll man zu einer solchen Geschäftspraxis sagen, wenn von 400 bis 500 Millionen RM kurzfristig herein-genommener Gelder der größte Teil zwar kurzfristig, aber an solche Debitoren wieder ausgeliehen wurde, von denen man eine kurzfristige Rückgabe von vorn-herin überhaupt nicht erwarten konnte? Als Ursache dafür kann ich auch nicht anerkennen, was auf Seite 4 des Berichts steht, daß in der Zeit die Kommunen anderes Geld nicht hätten schaffen können. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Federgeld!) Wenn es nicht möglich war, den Kommunen anders zu helfen, so wäre der Zusammenbruch eben schon einige Jahre früher gekommen. Es entspricht einfach nicht bankmäßigen Gepflogenheiten, kurzfristiges Geld langfristig auszuliehen. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!) Dann muß man notwendigerweise in die Verflechtung hineinkommen. Die Landesbank hätte aus den Vorkommnissen der Vergangenheit durchaus die Lehre ziehen müssen, daß sie sich besser sichern mußte.

Es ist vorhin von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Dr. Silberberg, hier zugegeben worden, daß schon im Jahre 1929 ein Run auf die Landesbank erfolgt ist. Der Geschäftsbericht des Jahres 1928 weist aber aus, daß damals schon, also nicht erst 1929, eine außerordentlich starke Inanspruchnahme der kurzfristigen Mittel der Landesbank erfolgt ist, daß damals schon fast 50 Prozent in ganz kurzer Zeit ihr verloren gingen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Bisher haben wir immer nur gehört, daß durch den nationalsozialistischen Wahlerfolg des Jahres 1930 ein Bankkrach zustande gekommen wäre. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Meine Herren, der Bankkrach war damals gemacht. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nein, er war nicht gemacht! Ihr unzuverlässigen Kantonisten!) Er trat nämlich erst 14 Tage nach der Wahl in Erscheinung. Wenn hier alle möglichen politischen Ereignisse vorgeschoben worden sind, die diese Zahlungsstockung hervorgerufen haben sollen, wie Kollunien und Konferenzen zu Genua, so müssen wir sagen, daß der Geldmarkt in einer Weise von Spekulation und politischen Dingen abhängig ist, die absolut nicht tragbar ist und die zu größten Schädigungen der Bevölkerung führt. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Hitler will ja die finanziellen Verpflichtungen erfüllen! — Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Hitler hat eine Beruhigungserklärung abgegeben!)

Wenn jetzt von einem großen Teil des Hauses, der immer wieder die Haltung und die Handlungen der Landesbankverwaltung verteidigen will, hervorgehoben wird, daß die Schaffung einer Liquiditätsreserve von der Landesbank in durchaus üblicher Weise erfolgt sei und daß man da gar kein eindeutiges Schema habe, das die Liquidität gewährleiste, so muß doch zugegeben werden, daß eine Landesbankleitung so klug sein muß, ihren besonderen Bedürfnissen das beste Liquiditätsschema anzupassen. Jedenfalls mußte sich die Landesbank dessen bewußt sein, daß sie die Liquiditätszentrale für die Sparkasse ist und daß sie auf alle Fälle Vorsorge treffen mußte, daß den Sparkassen, die in politischer

Weise so sehr empfindlich sind, die Liquidität gesichert blieb. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!)

Wenn bei allen bis jetzt voraufgegangenen Beanstandungen die Landesbankleitung noch immer mit Ausflüchten kommen kann, so ist doch in der Angelegenheit der Bilanzverschleierung dies absolut nicht möglich. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr richtig!) Aus der Bilanz der Landesbank mußte ganz eindeutig ihre Liquidität hervorgehen. Wenn im Jahresbericht für 1930 die Liquidität mit 50 bis 65 Prozent angegeben worden ist und sich eine Liquidität von nur 33 Prozent ergab, so müssen wir schon sagen, daß diese Art der Bilanz-aufstellung zu sehr starken Bedenken Anlaß gibt. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wenn Kredite, die zwar einmal langfristig waren, aber nur noch kurze Laufzeit hatten, unter den langfristigen Geldern in der Bilanz in Erscheinung treten, so ist das offenbar unrichtig und auch nicht üblich. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Und wenn unter den in erster Linie die Liquidität sichernden Wechseln 40 Millionen Kommunalwechsel stehen, so war sich die Landesbankleitung durchaus darüber im klaren, daß für diese Kommunalwechsel kein Mensch etwas gab, daß sie nicht rediskontfähig bei der Reichsbank waren. So trat ein ganz falsches Bild über die Liquidität in der Bilanz in Erscheinung.

Dann aber zur Passivseite der Bilanz. Es wird von der Landesbankleitung angegeben, daß es wohl üblich wäre, die Wechsel entweder nach den Verfallzeiten oder nach der Laufzeit in der Bilanz aufzuführen. Zugegeben, daß das so ist, obwohl es von den meisten Mitgliedern des Ausschusses angezweifelt werden mußte, dann mußte aus der Bilanz der Landesbank aber hervorgehen, daß sie dort nach der Verfallzeit standen. Denn das Wort „fällig“ ist besonders in der Bilanz hinzugefügt, aber tatsächlich war es nicht so, sondern die Wechsel waren nach der Laufzeit aufgeführt. (Abgeordneter Dr. Ley: Hört, hört!) Und so kam es, daß Wechsel unter den Sechsmonatswechseln standen, die innerhalb 8 Tagen schon fällig waren. (Abgeordneter Dr. Ley: Hört, hört!) Wir sind schon der Ansicht, daß, wenn in der Weise eine Bilanz frisiert wird, es nicht möglich ist, zu sagen, daß Verfehlungen irgendwelcher Art weder vorgekommen noch festgestellt worden seien. Wenn man bei Verfehlungen gleich an Unterschlagungen denkt, dann ja. Aber, meine Herren, als Verfehlung ist alles das anzusehen, was irgendwie zum Schaden der Landesbank führen kann (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!), und zum Schaden der Landesbank hat diese Art Bilanz-aufstellung geführt.

Noch an eine Sache möchte ich rühren, die vielleicht etwas unangenehm berührt. Es ist hier vorgetragen worden, und in dem Bericht steht ausdrücklich, daß die Landesbank keine sabungswidrigen Geschäfte gemacht habe. Da muß ich mir doch die Anfrage erlauben, ob es stimmt, daß vor einigen Jahren das Spekulationskonto eines rheinischen Oberbürgermeisters aufgelöst werden mußte, und weiter muß ich fragen, ob es stimmt, daß an eine Düsseldorfer Grundstückspekulationsfirma in ausgedehntem Maße Kredite gegeben worden sind? (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Wie ist das, Herr Jarres?)

In der Etatsrede des Herrn Landeshauptmanns wurde betont, daß Verluste bei der Landesbank nicht

eingetreten wären. Ja, ich möchte gerne hoffen, zum Segen der Gläubiger der Landesbank, daß Verluste nicht eintreten. Aber glauben Sie das denn etwa, daß von den jetzt schon 14 bis 15 Millionen Zinsrückständen der Kommunen auch nur etwas wieder hereinkommt? Dann bin ich auch nicht allein der Meinung, daß die Sanierung und Konsolidierung der Bank noch zu größeren Verlusten führen wird.

Das wollen auch wir: Nach allen Kräften daran mitarbeiten, daß Verluste abgewandt werden. Wir sind bereit, vollverantwortlich an dem Wiederaufbau der Landesbank mitzuarbeiten, wenn man uns die Stellung einräumt, an die uns der Wille des Volkes gerufen hat. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Wieviel Landesräte wollt Ihr haben? — Weiterer Zuruf: Regierungsräte!) Aber diese Stellung gibt uns dieser Provinziallandtag nicht. Wir haben auch zu diesem Provinziallandtag nicht das Vertrauen, daß er eine Gesundung der schwerleidenden rheinischen Bevölkerung und damit auch eine Gesundung der Landesbank wieder herbeiführen könnte. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Wenn man eine Wiederaufrichtung durchführen will, dann muß man zuerst bereit sein, die Ursachen, die zum Zusammensturz geführt haben, klar und deutlich herauszustellen. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.) Wir wollen, daß auch die Ursachen des Zusammensturzes der Landesbank herausgestellt werden. Denn nur dann, wenn volle Verantwortlichkeit von denjenigen, die an führender und leitender Stelle im öffentlichen Leben stehen, wieder gefordert wird, kann dieses öffentliche Leben gefunden. Und für diese Gesundung des öffentlichen Lebens kämpft die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. (Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, das Klatschen zu unterlassen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wigler.

Abgeordneter Wigler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Vorredners erleichtern mir außerordentlich, das hier zu sagen, was ich von meiner Fraktion beauftragt worden bin zum Ausdruck zu bringen. Ein Teil der Kritik, die ich auszusprechen habe, ist mir vorgegenommen, so daß meine Ausführungen abgekürzt werden können.

Nur das eine möchte ich zunächst in den Vordergrund der Erörterung stellen — und das hat der Herr Vorredner nicht oder nicht in ausreichendem Maße getan —, daß der Direktion der Landesbank bei ihren Maßnahmen zur Formulierung und Aufstellung ihrer Bilanz sicherlich der eine mildernde Umstand zugute kommen muß, daß sie schon vor Jahr und Tag vor der Finanzpolitik gewarnt hat, die nun aus irgendwelchen Gründen für erforderlich gehalten wurde. Es ist selbstverständlich, daß man grundsätzlich mit der Auffassung des Herrn Silberberg einverstanden sein kann und einverstanden sein muß, wenn er behauptet, daß wir nicht das Recht hätten, an der Bonität unserer Kommunen zu zweifeln. Selbstverständlich ist das richtig. Aber es kommt doch darauf an, ob durch ein zu weit gehendes Vertrauen in diese Bonität nicht die zeitweilige Liquidität der Landesbank so gefährdet

werden konnte, wie es geschehen ist. Und da es ganz zweifellos ist, daß hier schon zu einer Zeit, als noch manches zu retten war, von den Direktoren der Landesbank gewarnt wurde, so ist es auch ebenso klar, daß diese Herren aus Erwägungen gehandelt haben, die man vielleicht Imponderabilien nennen könnte. Es ist der Vorwurf in der Öffentlichkeit erhoben und von maßgebender Stelle zurückgewiesen worden, die Landesbankdirektoren hätten auf irgendwelche parteipolitischen Einflüsse besonders lebhaft reagiert. Die Wünsche nach umfangreichen Krediten seien von Stellen geäußert worden, die so weitreichenden politischen Einfluß hätten, daß die Herren Direktoren nicht geglaubt hätten, diesen Wünschen Widerstand leisten zu können. Das wurde bestritten. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Direktion der Landesbank in ihren Entschlüssen völlig selbständig gewesen sei und daß namentlich auch bei den Verhandlungen des Verwaltungsrats niemals Einzelfälle Gegenstand der Verhandlung gewesen seien. Das wollen wir ohne weiteres als richtig unterstellen. Jedenfalls aber bleibt die eine Tatsache bestehen, daß Männer von der außerordentlichen Bedeutung einzelner leitender Kommunalpersonen ganz sicherlich auch bei der Direktion der Landesbank einen größeren Eindruck machen, wenn sie mit irgendwelchen Wünschen an sie herantreten, als wenn irgendein anderer, kleiner, unbekannter Bürgermeister einer Landgemeinde erscheint oder auch eine Privatperson. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Es liegt in der Natur der Sache, daß die Herren Direktoren dann aus einem gewissen intuitiven Empfinden heraus sich gesagt haben: Du mußt diesen Argumenten nachgeben. Die Dinge liegen ja auch so, daß vielleicht Schlimmeres noch zu befürchten ist, wenn wir nicht dafür sorgen, daß das Geld beschafft wird. Also, es ist schon so, daß gewisse zwingende Gründe vorlagen, daß ein gewisser, wenn auch nur ganz instinktiv empfundener Druck vorhanden schien, der den Herren Direktoren doch in gewissem Sinne zur Entschuldigung gereicht.

Nun fragt es sich aber, ob man mit dem einverstandenen sein kann, was bei der Aufstellung der Bilanz hier maßgebend war. Da ist ein Teil meiner Freunde ganz anderer Auffassung als manche Herren des Untersuchungsausschusses und auch anderer Auffassung als sie in dem Gutachten der Dreierkommission niedergelegt ist. Wir sind der Meinung, daß es wohl an sich richtig ist, wenn man erklärt: Es gibt kein allgemein anerkanntes Liquiditätsschema, nach dem sich die Banken bei der Aufstellung ihrer Bilanzen zu richten haben. Das ist zutreffend. Die Ansichten darüber gehen ja auseinander, wie man die einzelnen Bilanzposten zu charakterisieren hat, und es ist auch sicherlich wahr, daß wir namhafte und sehr angesehene Leiter von Bankunternehmungen und Wirtschaftsführer kennen, die die Auffassung verteidigen, man könne langfristige Anleihen, auch wenn sie schon kurzfristig geworden wären, am Tage der Bilanz aufstellung immer noch als langfristige bezeichnen. Es ist richtig, daß man diese Auffassung in Kreisen unserer Bankwelt auch heute noch verteidigt. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Auch in Mittelstandsbanken!) Auch in Mittelstandsbanken mag das vorkommen. Warum nicht, Herr Steinbüchel? (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Sehr häufig!) Aber das hindert uns und speziell auch meine Person nicht,

eine solche Methode für unzulässig zu halten, aus dem einfachen Grunde, weil eine jede Bilanz eine klare und unzweideutige, wahrheitsgemäße Erkenntnisquelle für die Liquidität einer Bank oder eines Unternehmens zu sein hat. Wenn die Bilanz diesen Anforderungen des ehrlichen Kaufmannes nicht genügt, wenn sie nicht ein klares Bild von der wirklichen Liquidität gibt, dann genügt sie den Anforderungen nicht, die man aus den Gründen von Treu und Glauben an sie zu stellen hat. Insofern ist dieses Liquiditätsschema, das von Treu und Glauben diktiert wird, wohl vorhanden. Das ist von jeher dagewesen. Selbstverständlich wird dieses Schema nur vom Gewissen diktiert. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Die Steuerbehörde spricht auch ein Wort mit dabei!) Das ist schon richtig.

Auf der anderen Seite muß hervorgehoben werden, daß wir unter allen Umständen zunächst einmal die ganze Finanzpolitik, die seit Jahren Gegenstand schärfster Kritik auch unserer Partei gewesen ist, für eine Ursache all dieser Verlegenheiten halten, die da nun entstanden sind. Die Kommunen und ihre Verwaltungen haben ganz offensichtlich zu freigebig, zu großzügig gedacht und gehandelt, und die Bewilligungsfreudigkeit der Stadtparlamente war zuweilen so groß, daß meine Freunde und ich überall die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen haben. Aus dem Grunde war man sehr wohl berechtigt, auch in die zeitweilige Bonität der Kommunen gewisse Zweifel zu setzen, weil eben die Liquidität nicht da war, die erforderlich schien. Bei der Verquickung der ganzen Verhältnisse, bei der Tatsache zum Beispiel, daß die Kommunen das Recht haben — soweit ich unterrichtet bin —, etwa 25 Prozent der Sparkasseneinlagen schon eo ipso für etwaige städtische Anleihen zu verlangen, und bei der ferneren Tatsache, daß nachher das, was von den Sparkassen an die Landesbank abgeführt war, wiederum in Form von Anleihen an die Kommunen zurückfloß, lag es doch ohne weiteres auf der Hand, daß man recht eingehend und gewissenhaft hätte prüfen müssen, wie man die Dinge denn nun anzufassen hatte. Und wenn die Landesbank jetzt zusammengebrochen ist, dann haben doch die Herren Oberbürgermeister, die die Bank in so umfangreichem Maße in Anspruch genommen haben, eigentlich die milchgebende Kuh geschlachtet, von deren Milch sie doch zu einem Teil leben müssen. Es geht doch nicht an, daß ich einer Kuh vor den Kopf schlage, wenn ich Milch von ihr haben will. (Heiterkeit.) Man kann doch die Landesbank nicht systematisch zugrunde richten durch die Finanzpolitik und nachher sich wundern, daß kein Geld mehr da ist. So darf man es denn doch nicht machen.

Weiter müssen wir Kritik üben an der Charakterisierung gewisser Aktiven. Wenn man hier die kommunalen Wechsel und die kommunalen Schecks, die kurz vor Aufstellung der Bilanz in Höhe von 40 Millionen noch hereingenommen wurden, um die Bilanz zu frisieren (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei), und nachher gibt man diese Wechsel wieder zurück und verwandelt dieses Aktivum wieder in ein Passivum — ja, meine Damen und Herren, anders kann ich doch die Darlegung nicht verstehen —, dann ist das doch mit Treu und Glauben nicht mehr in Einklang zu bringen. Wenn das ein kleiner Geschäftsmann bei seiner Bilanz so machte, etwa ein mittelständischer Kaufmann, Gewerbe-

treibender oder Handwerker, so bin ich überzeugt, daß ihn der Strafrichter am Kragen kriegen würde. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei. Zuruf des Abgeordneten Renner: Die Kleinen hängt man doch immer!)

Wir sind schon der Meinung, daß die ganze Finanzpolitik, die man hier angewendet hat, schon deshalb an dem Fehler krankte, den auch der nationalsozialistische Redner hervorgehoben hat, daß man nicht den Kredit in größerem Umfange auch an Privatpersonen ausgegeben hat. Ich weiß wohl, was man dagegen einwendet. Man sagt: Dann wäre bei der elenden Lage des Mittelstandes ein noch größerer Verlust für die Landesbank entstanden. Aber mit nichts, meine Damen und Herren! Wir behaupten genau das Gegenteil. Es gibt doch auch heute noch ganz gute Mittelständler. Es ist allerdings nur noch ein kläglicher Rest, der da übrig geblieben ist vom deutschen Mittelstande. Aber soweit er noch hon ist, ist er auch kreditwürdig, und das ist eben bei der Gewährung des Kredits zu prüfen. Wenn man in so großzügiger Weise, wie man den Kommunen die Kredite eingeräumt hat, Privatpersonen gegenüber gehandelt hätte, dann, das gebe ich zu, wären die Verluste auch bei der Gewährung an Privatpersonen in ähnlicher Weise eingetreten, wie wir sie jetzt den Kommunen gegenüber festzustellen haben. Wenn es auch nicht endgültige Verluste sind, denn wir wollen hoffen, daß doch wieder eine Zeit kommt, in der man in der Lage ist, zurückzuzahlen, was man schuldig ist. Aber zur Zeit sind die Kredite eben eingefroren, und Geld ist einfach nicht zu schaffen, wenigstens nicht zur Zeit.

Wir sind der Meinung, daß man der Anregung des nationalsozialistischen Redners durchaus folgen — selbstverständlich unter Anwendung entsprechender Vorsicht — und auch bei der Landesbank an Privatpersonen Kredit auf Grundbesitz geben sollte. Wir sind davon überzeugt, daß dann Realwerte, die in der Hand von Privatpersonen sind, eine viel größere Sicherheit für die Forderungen der Landesbank darstellen als das heute nur vorhandene Bewußtsein oder die Ueberzeugung, daß die Kommunen eines Tages in einer besseren Zeit unserer Wirtschaft einmal ihre Schulden zurückzahlen können. (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Als im Späthommer des vorigen Jahres über die kapitalistische Welt die größte Götterdämmerung hereinbrach, als das scheinbar so stolze Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft zusammenbrach und damit seine Hohlheit und die Berechtigung unserer Auffassung, daß es beseitigt werden muß, bestätigte, wurde in diesen Strudel, in dieses Chaos naturnotwendig — das muß zugegeben werden — auch die Landesbank der Rheinprovinz hineingezogen.

Der Herr Berichterstatter, der als Bankfachmann an die Kontrolle und Prüfung der Ursachen dieses Zusammenbruchs herangegangen ist, hat sich die Sache eigentlich ziemlich bequem gemacht: Er sieht nur politische Ursachen für den Zusammenbruch. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Naziwahlen!) Er sagt zum Beispiel die deutsch-österreichische Zollunion, diese „Sünde des Herrn Curtius“, sei schuld daran, daß der internationale Geldmarkt beunruhigt worden sei; und

das soll dazu geführt haben, daß zuerst in Oesterreich der große Krach der Banken kam und dann darüber hinaus große Kapitalabzüge aus Deutschland eingetreten sind. Nicht gesagt ist das, was damals von den Sozialdemokraten bis zum Zentrum zum Teil auch als Ursache für die Störung der Weltwirtschaft angegeben wurde. Ich denke da an die Wahlzeit 1930 mit dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten. Damals haben alle Sozialdemokraten, alle Bürgerlichen, alle Zentrumszeitungen die Linie bezogen, daß gerade dieser Sieg dazu geführt habe, daß das Auslandskapital in immer größerem Umfange aus Deutschland herausgezogen worden sei. Sei es, wie es wolle, heute dürfte allerdings das Auslandskapital in diesem Punkte weitgehend beruhigt sein, beruhigt durch die diesbezüglichen Erklärungen des Führers der NSDAP, ohne den im Reich nichts geschieht, mit dessen Zustimmung z. B. auch Herr Ley dem Herrn Banknecht die Weinflasche an den Kopf gehauen hat. (Heiterkeit.) Diese beruhigende Erklärung des Herrn Hitler lief ohne Einschränkung darauf hinaus, daß die NSDAP die Verpflichtung, die Privatschulden aus Ausland zurückzuzahlen, vollinhaltlich anerkenne. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Die bieten sich als Sklavenvögte an!) Bezüglich der so heißumstrittenen Reparationszahlungen hat Herr Hitler dem Korrespondenten der italienischen Zeitung „Gazetta del Popolo“ eine Erklärung folgenden Inhalts abgegeben: „Es wird Deutschland nicht schwer fallen, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen, nur muß Frankreich Deutschland gestatten, die Ausfuhr zu ermöglichen.“ (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Wenn heute Herr Dr. Ley in Abwehr der Begründung des Herrn Silberberg einmal den Zwischenruf machte: „Tochter Zion, freue dich!“, dann muß man ihm sagen, daß in gewisser Beziehung das jüdische Bankkapital und der jüdische Bankbesitz sich wirklich freuen kann. Es ist auch da eine gewisse Beruhigung eingetreten (Abgeordneter Rohl: Sehr gut!), und zwar eine Beruhigung folgenden Inhalts: „Die deutschen Juden sollten froh sein, durch eine nationalsozialistische Regierung die Sicherheit ihres Lebens vor der Vernichtung in der bolschewistischen Revolution zu erhalten.“ So Dr. Stark in einem offiziellen Buch des Münchener Nazi-Verlages.

Die Nationalsozialisten sollten auch sehr vorsichtig sein mit ganz allgemeingehaltenen Attacken gegen den Privatbankier. Sagte doch z. B. der Nazi-Feder im Reichstag am 3. Dezember vorigen Jahres:

„Glauben Sie doch nicht, daß wir etwa den soliden Privatbankier ausschalten und auf seine Mitarbeit verzichten können. Im Gegenteil, die Pflege des soliden Privatbankiers wird wesentlich zur Wiederbelebung des Personalkredits beitragen.“ (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Von denen bekommen Sie das Geld!)

Der Sprecher der Nationalsozialisten hat heute hier eine Erklärung abgegeben, die sich deckt mit den bisher bekanntgewordenen Erklärungen nach dem Ausgang der preussischen Landtagswahl: Wir sind bereit zur Mitarbeit. Wir sind bereit, die Verantwortung aus dem Sanierungsprozeß der Landesbank zu tragen. Ich habe mir den Zuruf erlaubt, und wiederhole ihn hier: Wieviel Landesratsstellen soll das denn eigentlich kosten? Ich rate Ihnen, dasselbe zu tun, was Ihr

großer Bruder in Berlin getan hat: rechts heran, zur Mitte heran, heran an das Zentrum; nehmen Sie Verhandlungen auf mit dem Herrn Hagen, der wird das Kind schon schaukeln. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, falls in der Zwischenzeit der Provinziallandtag neu gewählt werden sollte — es kommt ja vielleicht zu einer Auflösung, das kann man heute allerdings noch nicht wissen, das wissen nur das jüdische Kapital, das gute christliche Zentrum und die Nazis —, so ist durchaus damit zu rechnen, daß diese Galerie schöner Männer hier (Redner weist auf die leitenden Herren der Provinzialverwaltung) das nächste mal etwas anders aussieht, daß einige Herren sich darunter befinden, die das Latenzkreuz im Knopfloch tragen.

Aber eines muß doch in diesem Zusammenhang gesagt werden. Es ist, obwohl Herr Silberberg an der Frage vorbeigegangen ist, nicht zu verkennen und zu bestreiten, daß die große Weltwirtschaftskrise ganz konkrete Ursachen hat, daß eine Krise ausgesprochen struktureller Natur des kapitalistischen Systems besteht. Wir haben in der ganzen Welt eine Strukturkrise des kapitalistischen Systems an sich. Sie haben dafür selber einen Beweis erbracht, indem Sie mit Recht darauf hinwiesen, daß diese große Krise ihren in seiner Auswirkung ungeheuren Vorläufer bereits 1929 im Banksturz in Nordamerika gehabt hat. Es sind hier nicht nur etwa politische Ursachen schuld, sondern die Auffassung, die die Kommunisten hier vorgetragen haben, hat sich bestätigt: Es handelt sich um eine strukturelle Krise Ihres Systems, aus dem es keinen Ausweg gibt, Sie mögen Methoden anwenden, welche Sie wollen. Sie mögen das Volk noch mehr ausplündern, als es bisher schon geschehen ist; einen Ausweg gibt es nicht. Ich sage Ihnen in Anlehnung an Ihr Schlusswort: Es kommt noch einmal die Zeit, wo das deutsche werktätige Volk sich aus dieser Krise herausfinden und herauserschaffen wird. Aber Sie erleben den Tag nicht mehr, Herr Silberberg. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Silberberg: Weil Sie mich vorher aufhängen?) Es gibt nur einen Ausweg: Aenderung und Beseitigung Ihres Systems und die Errichtung der sozialistischen und marxistischen Wirtschaft. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Das muß man Ihnen sagen.

Nun noch ein Wort an den Herrn Sprecher der Nationalsozialisten. Ich will als Beweis dafür, daß die von Herrn Silberberg angegebenen politischen Ursachen nicht das maßgebende Moment für die große Krise sind, darauf hinweisen, daß die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sich bis in die letzten Tage hinein bemerkbar gemacht haben. Ich nenne nur einen Namen: Kreuger. Kreuger war kein Jude, kein Vertreter des raffenden Kapitals. Er war „ein blondhäuptiger Germane“, der typische Vertreter des sogenannten schaffenden Kapitals. — Diese Unterscheidung machen ja die Nationalsozialisten. — Der Mann hat Pleite gemacht. Der Mann konnte dieser Pleite und dem Betrugsmanöver, das er gemacht hat, nur dadurch aus dem Wege gehen, daß er Selbstmord beging. Hören wir, wie vor dem Bekanntwerden der wirklichen Ursache des Selbstmordes dieser Herr Kreuger von zwei Zeitungen beurteilt worden ist. — Das richtet sich an die Adresse der Nationalsozialisten, die es vorziehen, sich jetzt im Restaurant aufzuhalten. — Damals stand in deren

Zentralzeitung, im Völkischen Beobachter: „Ein Opfer des Kapitalismus“ und die Hugenbergsche Nachtausgabe verstieg sich zu folgendem Nachruf:

„Zwar Kreuger sprach stolz von seiner deutschen Abstammung, war in seinem Wesen und seiner Arbeitsweise ein typischer Germane. Zwar Kreuger ist bis zu seinem frühen Tode das geblieben, als was er begann. Kein Spekulant und Abenteurer, sondern ein gewissenhafter Baumeister, der Stein auf Stein legte. Gewiß hätte er noch zuletzt die Möglichkeit gehabt, sich ehrenvoll zurückzuziehen. Doch gerade sein Pflichtgefühl verbot ihm diesen Schritt.“

Diesen „unchristlichen“ Schritt, das sieht aber hier nicht darin. (Heiterkeit.)

Nun noch ein Wort an die Nationalsozialisten. Das Problem Kreuger bildet wirklich ein Preisrätsel für die Wirtschaftstheoretiker vom nationalsozialistischen Muster. In welche Kategorie gehört er nun? Schaffendes oder raffendes Kapital? Gibt es überhaupt noch die Möglichkeit, diese beiden Arten von Kapitalinvestierung und Kapitalausnutzung zu trennen? Oder ist es so, wie wir Kommunisten sagen: Es bedeutet gar keinen Unterschied, ob der Prolet in einem Betriebe mit den Methoden des sog. schaffenden Kapitals ausgebeutet wird oder ob der Betriebsinhaber sein Kapital mit Bankkapital vermengt und dann für zwei Geldbesitzer Gewinne aus der Ausbeutung der Arbeiter herausholen muß: für den Bankier und den Aktionär, den Besitzer des Wertes?

Aber den Herren Nationalsozialisten sei noch etwas an den Spiegel gesteckt: Sie haben ja in ihren eigenen Reihen einige prominente Wirtschaftsführer, die so eindeutig den engen Zusammenhang zwischen dem sog. Leihkapital und dem Unternehmerkapital dokumentieren. Ich nenne nur Fritz Thyssen, von dem sie ja nicht nur geistig, sondern auch materiell leben. (Heiterkeit.) Man soll überhaupt in der Frage der Aufnahme von Anleihen sehr vorsichtig sein. Man weiß nämlich auch bei den Nationalsozialisten nicht, wie man aus den Wahlschulden herauskommen soll. Aber Herr Fritz Thyssen zum Beispiel, ein begeisterter Hitler-Anhänger, einer der besten Geldgeber der Nationalsozialisten, ist nicht nur Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender des Stahltrusts, sondern darüber hinaus zugleich auch Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank und Aufsichtsratsmitglied der Preussischen Bodenkredit-A.-G. Neben Thyssen saßen im Aufsichtsrat des Stahltrusts die Bankiers Jakob Goldschmidt — fallen Sie nicht um, das sind Juden —, Louis Hagen (Firma Levy, Köln), R. M. Hirschland (Firma Simon Hirschland, Essen), D. Zeidels, Henry Nathan, S. A. von Oppenheim, O. Schlitter, G. Solmssen und Moritz Schulze. (Zuruf des Abgeordneten Silberberg: Ich bin auch dabei!) Also gut, raffende Kapitalisten neben gutschaffenden Kapitalisten. Aber der Effekt des Zusammenarbeitens ist eine Generalausplünderung der Werktätigen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Raubkapitalisten!) Ich halte dafür, daß die Nationalsozialisten mit dieser Differenzierung der verschiedenen Spielarten der kapitalistischen Ausbeutung nichts anderes wollen, als die Erbitterung, die berechnete Empörung der Arbeiter — ich möchte mir das Wort erlauben, obwohl es nicht ganz parlamentarisch ist — von einem großen Räuber auf den anderen abzulenken.

Das Fiasko der Landesbank hat daneben noch eine andere Ursache — sagen wir einmal — mehr psychologischer Natur. „Inflationseinstimmung“ hat Herr Silberberg gesagt. Richtig, richtig! Aber ich möchte da zwei Unterscheidungen machen: Nicht nur eine Verkennung der Wirtschaftslage, also nicht nur, wirtschaftlich gesehen, eine verkehrte Perspektive; nicht nur war es irrig, zu hoffen, daß es Ihnen möglich sein werde, aus dieser Krise mit den bisherigen Methoden herauszukommen, sondern Sie haben auch noch in der Landesbank die Abdrosselung der Zuwendungen von Reich und Land zu spüren gehabt und damit eine Belastung der Kommunen, die die Ursache der Umstellung von Bodenkrediten auf Kommunalkredite war. Inflationseinstimmung! Richtig! Hier sitzen ja so einige prominente Oberbürgermeister, die die typischen Vertreter dieses sanguinistischen Inflationseinstimmung bis in die letzten Tage hinein gewesen sind. Ich denke da z. B. an den Herrn Adenauer von Köln (Heiterkeit im Zentrum), an seinen sehr geschätzten Kollegen Herrn Bracht und an einige andere aus der Kaute der Provinz, die nach der eigenen Darstellung dieser Herren etwas weniger liebevoll mit Darlehen betrent worden sind als das Herz des Rheinlandes, das gute zentriermliche Herz am Rhein. Er — Bracht — schwebt ja nur so an der Peripherie des Zentrums herum. (Heiterkeit.) Diese Herren erklärten mehrfach öffentlich, daß eine Teilursache für den Zusammenbruch der Landesbank der Rheinprovinz darin begründet liegt, daß die Leitung der Landesbank ohne Anwendung der notwendigen Sorgfalt gewisse Objekte beliehen hat, deren Ausföhrung, wenn man die Gesamtnot betrachtet und berücksichtigt, ruhig hätte aufgespart und hinausgezögert werden können. Ich erinnere nur an die Bürohäuser, die Hochhäuser, Rathausneubauten und Rathausumbauten, Ausstellungshallen, Stadien, Grünanlagen, Gruga usw. Da ist das Geld investiert, und das ist die Teilursache für den Zusammenbruch der Landesbank. Darin ist man ja jetzt bescheidener geworden. Generalbebauungspläne, Grüngürtel usw. gehören der Vergangenheit an. Sie werden jetzt nur noch dazu benutzt, um die Notwendigkeit der Beschäftigung bzw. Wiederwahl gewisser Beigeordneter in den Kommunen zu beweisen. (Heiterkeit.) Hinzu kam sichtlich und unbestreitbar eine gewisse Prestigepolitik des einen Oberbürgermeisters gegenüber dem anderen. Jeder wollte das höchste Hochhaus haben, jeder wollte das schönste Stadion haben, jeder wollte das höchste und schönste private Bürohaus haben, jeder wollte im schönsten Rathaus sein sehr schönes Gehalt verzehren. Es war da ein wirklich edler Wettstreit, und die Dummen sind die Arbeiter, die kleinen Gewerbetreibenden in der Rheinprovinz, die die erhöhte Bürgersteuer aufbringen müssen.

Eine andere Ursache, die allerdings für Herrn Ley und die Nazis gar keine Rolle spielt: Die Belastung der Landesbank durch die Kundenkredite, die — wir geben das zu — aus einer gewissen Notlage der Gemeinden heraus aufgenommen werden mußten. Da ist das Reich, da ist das Land. Nicht nur, daß man es den Gemeinden zu einer Zeit, wo es noch möglich war, direkt verbot, gute, das heißt billige Auslandskredite langfristig aufzunehmen — das muß ja auch hier einmal erwähnt werden —, sondern man hat auch vom Reich von oben nach unten eine bewußte Politik des

Versackenlassens der Gemeinden betrieben. Ich will dafür einige Beweise anführen.

Da ist zuerst einmal die Frage der Steuerüberweisungen. Ich zitiere Angaben des Herrn Dr. Mulert, der es ja wissen muß. Er stellt in einer Schrift, die vor einigen Wochen erschienen ist, z. B. u. a. fest, daß die Last der Kommunen aus dem Krisenfürsorge-Fünftel und aus der Betreuung der Wohlfahrtsberwerblosen von 1100 Millionen im Jahre 1931 auf 1560 Millionen im Jahre 1932 gestiegen ist. Der Anteil der Kommunen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist von 600 Millionen auf 520 Millionen RM heruntergesetzt. Die Senkung der Biersteuer bringt für die Gemeinden letzten Endes einen Verlust von 28 Millionen RM, die Beseitigung der Mineralwassersteuer einen Verlust der Gemeinden in Höhe von 20 Millionen RM. Das wird nur zum Teil repariert durch die Erhöhung der Umsatzsteuer, die ja im Zeichen des Preisabbaus unbedingt notwendig war — siehe 4. Notverordnung — und 120 Millionen RM einbringt. Dann hat man den Kommunen vom Reich einen Betrag von 230 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Ein Teil dieses Geldes ist offen vor aller Augen verteilt worden. Ein anderer Teil dieser 230 Millionen ist durch bisher nicht klar erkennbare Kanäle in die Taschen, nicht in die Privat-Taschen, sondern in die Geldschränke gewisser Oberbürgermeister und Bürgermeister geflossen. Da nennt man wieder u. a. den Herrn Jarres als einen der Hauptnutznieser dieser Maßnahmen in Preußen (Heiterkeit) und andere Oberbürgermeister beschwerten sich bitter darüber, daß sie bei dieser Sonderaktion trotz lebhaften Antichambrierens nicht berücksichtigt wurden, trotzdem man in Berlin einen eigenen Nuntius in Gestalt eines Beigeordneten angestellt hat (Heiterkeit), wie es in Essen z. B. der Fall ist, daß diese Sondergaben der preußischen Regierung, des Herrn Severing, dahin fließen, wo sie eigentlich der politischen Situation entsprechend absolut nicht hinfließen dürften. Mancher brave Zentrums-Oberbürgermeister hat in dieser Frage bittere Bauchschmerzen. (Heiterkeit.)

Nun eine andere Ursache, die die Berechtigung unserer Behauptung, daß das Reich und die Länder die Gemeinden versacken lassen, beweist. Da sind z. B. die Auswirkungen von vier Notverordnungen: In der Erwerbslosenfürsorge nicht nur ein materielles Senken der Leistungen, sondern auch eine Verschlechterung der Bezugsbedingungen, der Karenzzeit usw. usw., das Ausscheiden aller jugendlicher Erwerbsloser bis zum 21. Lebensjahr aus der Arbeitslosenfürsorge. Das ist die Kriegsopfer-Fürsorge-Gesetzgebung mit ihren vielfachen Abstrichen und Abbaumaßnahmen im Laufe der Periode 1930—1932. Da ist die Invalidenversicherung mit ihrem Abbau, dem Wegfall des Kinder- und Waisengeldes bei Vollendung des 15. Lebensjahres, auch in solchen Fällen, wo diese Kinder wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen arbeitsunfähig sind. Da ist der Abbau der Knappschafts-Invaliden-Pensionsleistungen. Alle diese Abbaumaßnahmen, die entstanden sind aus den Drosselungsbeschlüssen und den Notverordnungen der Reichsregierung, die in Deutschland Gesetz wurden mit Zustimmung aller Fraktionen von der Sozialdemokratie bis zu den Nazis (Sehr richtig! bei den Kommunisten), dieser Abbau, diese Drosselung der Reichsleistungen auf dem Gebiete der Sozialgesetz-



gebung bedeuten naturnotwendig für die Gemeinden gewisse Mehraufwendungen. Das ist zu sagen und festzustellen, wiewohl ich gleich mit einiger Beschränkung dieser Feststellung darauf hinweisen muß, daß viele Gemeinden sich der Notwendigkeit, aus diesem Abbau der Sozialleistungen durch das Reich die notwendigen Entschlüsse unten zu ziehen, versagt und entzogen haben. Ich denke da z. B. an Herrn Bracht aus Essen. (Heiterkeit.) Ich werde auch gleich den Beweis dafür erbringen. Dieser Abbau der Reichsleistungen hat dazu geführt, daß die Bezüge der Sozialberechtigten in sehr vielen Fällen in den Gemeinden unter den kommunalen Wohlfahrtsrichtsatz gesunken sind. Es mußten und sollten die Gemeinden aus kommunalen Mitteln ergänzend einspringen. Das haben sie zum Teil getan, und daraus sind ihnen große Mehraufwendungen entstanden. Aber Herr Bracht hat das nicht getan. Ich erinnere an die Tatsache, daß mit Wirkung ab 1. April 1931 in Essen den Erwerbslosen und Krisenfürsorgeempfängern, die mit ihren Sägen wesentlich — es handelt sich da um Beträge von 30—40 RM pro Monat — unter dem Ortsarmen-Richtsatz liegen, dieser Wohlfahrtsausgleich versagt wird. Erst seit etwa 4 oder 5 Monaten ist nach vielen und schweren Kämpfen erreicht worden, daß wenigstens ein Bruchteil dieses Wohlfahrtsausgleiches ausbezahlt wird.

Wie weitgehend die Abdrosselungsbeschlüsse der Gemeinden auf Grund dieses Abbaues der Reichsleistungen sind, dafür auch an dieser Stelle vor aller Öffentlichkeit ein Beweis! Wir haben in Essen erlebt, daß die Leistungen der Lungenfürsorgestelle, also die Leistungen der Stelle, die den Ärmsten und Kränksten zugute kommen sollen, ungeheuerlich beschnitten worden sind. Ich hatte schon Gelegenheit, an Hand einer Photographie zu beweisen, wie in Essen unsere Verwaltung es fertig gebracht hat, eine 31 Jahre alte Frau zu behandeln, die 3 Kinder in die Welt gesetzt hat, deren Mann als Arbeiter bei der Straßenbahn wöchentlich 24 RM Lohn nach Hause bringt, dank den Abbaumaßnahmen mit Zustimmung der Gewerkschaften. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dieser Frau, die noch 55 Pfund wiegt (Hört, hört! bei den Kommunisten), hat die Lungenfürsorgestelle Essen an Stelle der bisher bewilligten Butter, d. h. an Stelle des bisher gegebenen Pfündchens Butter pro Woche, Sanella-Margarine angeboten. (Psiu-Muse bei den Kommunisten.) Und die Erklärung der Verwaltung für diese „kulturelle und soziale Großtat“ war die: „Die Mittel sind so knapp geworden, wir müssen zu diesem Abbau übergehen.“ (Zuruf aus dem Zentrum: Zur Landesbank!)

Und nun Ihre Methoden der Sanierung! Sie haben sich in den Ausschüßsitzungen stundenlang über dieses Problem unterhalten. Heute ist von Herrn Silverberg gesagt worden, wenn man sofort, nachdem diese Katastrophe eingetreten sei, die Sanierung der Landesbank in Angriff genommen hätte, dann wären sehr wesentliche Schädigungen vermieden worden. Ich weise darauf hin, daß die kommunistische Fraktion des Rheinischen Provinziallandtages Ende Juni 1931 bereits an den Herrn Severing einen Antrag gestellt hat, den Rheinischen Provinziallandtag einzuberufen, damit Klarheit über die Krise und Pleite der Landesbank geschaffen werden könnte. Herr Severing hat es nicht einmal für

notwendig befunden, eine Antwort zu erteilen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Heute stellen Sie sich hin und klagen, daß nicht rechtzeitig geholfen worden ist. Es ist doch geholfen worden, unter uns gesagt. Sie haben ja monatelang so einige kleine Mittel bekommen, damit Sie sich über Wasser halten konnten. Aber die durchgreifende Hilfe ist bisher nicht gekommen, und es ist durchaus unsicher und fraglich, ob sie überhaupt kommen wird. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wieso? Sie haben in den Ausschüßsitzungen mehr oder minder durchblicken lassen, worin Sie eine Rettung, eine Sanierung erblicken. Sie haben sich hier nicht mit der notwendigen Energie den Standpunkt Ihrer großen Brüder in Berlin im Reichstag und im Landtag in der Frage der Sanierung von Großbankzusammenbrüchen zu eigen gemacht. Sie haben keinen Staatszuschuß gefordert, wie die Reichsregierung ihn der Danabank und den sonst so viel zusammengebrochenen preussischen Banken zur Verfügung gestellt hat, denen eine Milliarde gegeben wurde, davon 300 Millionen als Geschenk (Sehr gut! bei den Kommunisten), was der Herr Landeshauptmann festgestellt hat. Sie haben sich nicht hierhin gestellt und gesagt: Landesregierung und Reichsregierung, durch eure Versackungspolitik seid ihr zum Teil schuld an dem Zusammenbruch der Gemeinden und damit auch an dem Zusammenbruch der Landesbank der Rheinprovinz, sondern Sie bringen eine lendenlahme Erklärung vor, in der kein positiver Inhalt ist.

Worin erblicken Sie nun die Möglichkeit der Sanierung der Landesbank? Nicht etwa darin, daß Reich und Land Geld hergeben, wie man es bei den Banken getan hat, sondern Sie setzen Ihre ganze Hoffnung auf die kommende 5. Notverordnung. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Sie haben nicht nur hier, sondern auch draußen offen ausgesprochen, daß die kommende Umschuldungsaktion die Grundlage einer Sanierung sowohl der Gemeinden als auch der Provinzen sein soll. Was enthält diese kommende große Notverordnung? Sie enthält einen weiteren Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, sie bedeutet also neuen, größeren Hunger für die Erwerbslosen. (Zuruf von den Kommunisten: 600 Millionen!) Ich sage an dieser Stelle: Soviel kann man aus der Arbeitslosenversicherung gar nicht herausziehen, um die Schäden, die in Deutschland in sämtlichen Stellen des zentralen Verwaltungsapparates da sind, auszugleichen, Sie müßten denn die Erwerbslosen glatt dem Hungertod überliefern. Das, was übrig bleibt nach der kommenden Drosselung — und Sie werden drosseln bis zum Tüpfelchen des i — reicht nicht im entferntesten aus, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Sie werden noch etwas anderes tun — das ist auch schon zum Ausdruck gekommen. Sie werden darüber hinaus in der Gemeinde versuchen, „praktische Erfüllungspolitik“ zu treiben. Das Wort ist so gefallen. Was heißt das? Sie wollen nicht etwa — sagen wir einmal — nur rein technische Hilfsmittelchen anwenden, also der Landesregierung, der preussischen Regierung, Wechsel in die Hand geben, mit denen sie nachher nichts anfangen kann, sondern Sie müssen und sollen — die Anordnung ist schon getroffen — in der Gemeinde noch weiter sparen.

Wir stellen hier vor aller Öffentlichkeit fest: Wir lehnen diese lendenlahme Resolution ab. Wir sagen

der rheinischen Arbeiterschaft, den rheinischen armen Leuten, daß diese Resolution, die Sie vorlegen, nichts an dem bisherigen Zustand ändern und ihr Elend nicht verkleinern wird. In dieser Resolution wird nur aufgezeigt, daß Sie Ihre Rettung erblicken in einer weiteren Verschlechterung der Lage der Notleidenden. Wir sagen Ihnen: Für dieses Mitteldchen sind wir nicht zu haben. Diese Methoden machen wir nicht mit.

Wir lehnen es aber auch ab, zu prüfen, ob einer der Herren Landesräte oder der Herren Generaldirektoren im kluger Voraussicht dessen, was kam, sich entsprechend hätten einstellen können. Das kann man bei Ihnen gar nicht voraussetzen, daß Sie Ihre Lage richtig übersehen. Die Lage des kapitalistischen Systems in der Welt haben wir allerdings schon auf der Tagung des 6. Kongresses der Exekutive unserer Internationalen klar festgestellt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir haben Ihnen damals schon gesagt, daß es keinen Ausweg gibt aus Ihrer Krise, daß Sie wohl noch Methoden haben, die Krise in etwa zu bannen dadurch, daß Sie den Druck auf das Proletariat vergrößern, daß Sie den Polizei- und Justizapparat gegen uns noch verschärft einsetzen; aber einen Ausweg aus dieser Krise finden Sie nicht und können Sie niemals finden. Darum sagen wir der rheinischen Bevölkerung: Solange die Methode der Bourgeoisie darin besteht, daß ihre Sanierungsgeschäftchen durch weitere Belastung der Arbeiter herausgeholt werden, solange sie die von Regierung wegen zur Sanierung der Landesbank uns auferlegten 350 Prozent Zuschlag zur Bürgersteuer von den Vermögenden der Armen eintreibt (Zuruf von den Kommunisten: 1500 Prozent!), solange gibt es keine Erleichterung. Wir werden nicht nachlassen, diesem System den Kampf anzufügen, und wir werden diesen Kampf durchführen, dessen feien Sie gewiß, bis zum Siege des Proletariats über alle seine Ausbeuter. (Beifall bei den Kommunisten.)

Eins noch zum Abschluß. Es liegt auch noch ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der lautet: „Der Provinziallandtag wolle beschließen, daß von den der Landesbank zur Stützung zufließenden Mitteln die Förderung der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ bevorzugt behandelt wird.“

Dieser nichtsagende Antrag ist im Ausschuß noch einmal ein bißchen „vermanscht“ worden — wenn ich das Wort gebrauchen darf. Er ist so formuliert worden, weil die Provinz es da oben bei dem Herrn Severing nicht wagen darf, etwas mit der Pupille zu blinkern. Man darf da oben nichts mehr sagen. Herr Severing hat nicht nur den Herrn Landeshauptmann finanziell in der Hand, sondern auch die Herren Bürgermeister und Oberbürgermeister. Sei es ein Deutschnationaler oder ein Zentrumsmann, sie fressen — entschuldigen Sie — sie nehmen alle aus seiner hohlen Hand. (Heiterkeit.) So ist die Situation.

Aber ich bin verpflichtet, auf das hinzuweisen, was hinter dem Antrag steht. Wir haben nicht nur im Reichsmaßstab einen Abbau der Leistungen der Invalidenversicherung, der Witwen- und Waisenversicherung erlebt, sondern die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz hat darüber hinaus angeordnet, daß Kurbehandlungen einzustellen sind. Es werden nur noch Heilbehandlungen durchgeführt, wenn damit gerechnet werden kann, daß die Heilbehandlung ein Hin-

ausschieben der Invalidität um mindestens zwei Jahre verbürgt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das bedeutet, daß Heilbehandlungen nur noch in solchen Fällen gegeben werden, wo die Invalidenrente an und für sich eingespart werden kann. Also der wirklich und akut Kranke, der jahrelang seine Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung gezahlt hat, hat in diesem Deutschland keine Aussicht mehr, daß etwas Durchgreifendes gegen seine Krankheit durch eine Kur getan wird. Soweit sind wir heute. Kulturlosigkeit, Sozialreaktion sind in diesem Deutschland Trumpf, und Ihre Kunst, Ihre einzige Methode, der Schwierigkeiten Herr zu werden, besteht darin, diese Kulturreaktion, diese Sozialreaktion noch weiter zu verschärfen. Und Sie wagen es, sich vor die Arbeiterschaft hinzustellen und die Kommunisten und Sowjetrußland wegen seiner angeblichen Kulturlosigkeit anzuprangern! Wir stellen fest: In Sowjetrußland keine Erwerbslosigkeit! (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) In Sowjetrußland kein Hunger! (Zustimmung bei den Kommunisten.) In Sowjetrußland kein Abbau der Sozialleistungen! (Zuruf des Abgeordneten Dr. Gilles: Gehen Sie doch dahin!) — Nein, wir gehen nicht nach Sowjetrußland. (Zuruf: Hier ist es besser!) Ja, für Sie wäre es besser, wenn wir gingen. (Heiterkeit.) Aber wir gehen nicht. Wir werden hier kämpfen. Wir werden in Deutschland aufbauen ein Land, in dem die Arbeiter und Bauern bestimmen, was geschehen soll. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir werden aufbauen ein freies sozialistisches Sowjet-Deutschland. Dann hat der Schaffende Arbeit und Brot! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen, die mein Fraktionsfreund Siekmeyer gemacht hat (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden), haben Sie in Einzelheiten und Details das gehört, was gegenjählich zu den Ausführungen des Herrn Berichterstatters steht. Wir sehen in der Zahlungsunfähigkeit der Landesbank nicht mehr und nicht weniger als einen Ausschnitt aus dem Gesamt-System, das heute in Reich, Ländern und Gemeinden regiert. (Lachen im Zentrum.) Vor zwei Jahren haben wir eine interfraktionelle Sitzung im Rheinischen Provinziallandtag gehabt. Aus dieser Sitzung ging klar und deutlich hervor, daß nicht nur die Landesverwaltung selbst, sondern auch viele hier im Provinziallandtag und zwar aus allen Fraktionen, genau über das Bescheid wußten, was vorging. Wenn heute im Ausschuß für die Landesbank gesagt wird, man dürfe keine Kritik üben, weil früher keine Kritik geübt worden sei, so möchte ich nur an das erinnern, was ich vor vielen Jahren schon im Plenum und im II. und V. Sachausschuß hier im Provinziallandtag gesagt habe und was letzten Endes mit einem Lächeln übergegangen wurde. Aber auch im Jahre 1928 ist die Landesbank von einer Gesellschaft revidiert worden. Weil diese Revisionsgesellschaft damals bereits den Finger auf den Eiterbeutel legte, ist sie nicht mehr zu weiteren Untersuchungen herangezogen worden. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.)

Nun hat der Berichterstatter ja fraglos hier mit einer Kaliglattheit, mit einer wirklichen Diplomatie,

wie sie in jedem Aufsichtsrat wohl als Meisterstück dastehen würde (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr richtig!), den Unterschied zwischen den öffentlichen und den Privatbanken soweit verwischt, daß man wirklich sagen könnte: Mein Gott, wie ist es denn überhaupt möglich, daß diese Landesbank zusammenbrach? Da war doch alles in schönster Ordnung! (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!) Wie ist so etwas möglich? Aber ich möchte dem Herrn Berichterstatter, der ja auch geschäftlich umfassend tätig ist, sagen: Wenn wir die Prinzipien in unseren eigenen Geschäften haben wollten (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten), die hier von dem Herrn Berichterstatter dargelegt worden sind, und wenn wir über die positive Verantwortlichkeit des einzelnen Verantwortlichen so hinweggehen wollten, wie es der Berichterstatter hier tut, dann wären unsere Geschäfte alle pleite. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Wie die Koblenzer Nazi-Zeitung!)

Meine Damen und Herren! Dann möchte ich dazu sagen: Ganz vermisst habe ich den gewaltigen Unterschied zwischen der Privatbank und Landesbank und dem Staatsinteresse. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Das Staatsinteresse erfordert unter allen und jeden Umständen, daß die Direktoren verschwinden. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr richtig!) Mag man ihnen menschlich alle Konzessionen machen, dann mag derjenige, der die Herren Generaldirektoren hierher gebracht hat, sie wieder zurücknehmen in die Spartasse seiner Metropole. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist ja unerhört!)

Meine Damen und Herren! Es ist hier der Grundsatß aufgestellt worden, daß über die geschäftlichen Notwendigkeiten die Zahlungen an die Kommunen und die Wohlfahrtsinstitute gehen. Einer der Herren Oberbürgermeister hat gesagt: „Es ist keine Sünde begangen worden.“ Wie ich vorhin schon erwähnte, hat ein anderer der Metropolgewaltigen des Rheinlandes gesagt: „Man darf auch jetzt keine Kritik üben.“ (Abgeordneter Dr. Ley: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Wie auffallend ist es gewesen, daß von einer Seite im Ausschuß gesagt wurde: „Hier reden ja hauptsächlich die Herren Oberbürgermeister, die mehrere hundert Millionen repräsentieren, die sie gepumpt haben und von denen sie durch die Blume uns wissen lassen, daß sie sie nicht mehr zurückzahlen können.“ (Zuruf von den Kommunisten: Goebbels kann ja auch nicht mehr zurückzahlen!) Meine Damen und Herren! Ich wüßte nicht, daß es eine Metropole im Rheinland gibt, die Goebbels heißt. Dieses Weißwaschen, das hier von den Herren Oberbürgermeistern versucht worden ist, ist nicht am Platze. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Sie haben durch die Landesbank Hunderte von Millionen bekommen und hatten erstens als Mitglieder des Verwaltungsrates dafür zu sorgen, aufzupassen, daß die Landesbank die hypothekarischen Eintragungen für diese Hunderte von Millionen bekam. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Das zweite ist, daß sie als Oberbürgermeister dafür sorgen mußten, daß das Geld am Fälligkeitstermin zur Verfügung stand. Wenn das nicht möglich war, mußten sie es voraussehen, wie jeder kleine, armselige Geschäftsmann das heute auch

muß. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wenn die gewaltige Konkursstatistik, die wir heute im Deutschen Reiche haben, dagegen spricht und wenn wir wissen, daß ein Land von der Größe Badens heute bereits unter der Versteigerung im Deutschen Reiche steht, daß die armen Bauern herunter müssen von ihrer Scholle, auf der sie jahrhundertlang gegessen haben, dann, meine Damen und Herren, sollte man annehmen, daß auch die Herren Oberbürgermeister, die sich nach dem Kriege als die geborenen Wirtschaftler ausgaben, auch wissen mußten, was der Fälligkeitstermin eines Wechsels ist. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten. Zuruf von den Sozialdemokraten: Nach Ihrer Meinung hätte man die Arbeiter verhungern lassen sollen!) Das Verhungern, das Sie dort anführen! Wir verhungern, weil wir das Betriebskapital dadurch verjagen, daß Dinge wie Grüngürtel, Planetarien und große Paläste usw. gebaut werden, die sich nicht rentieren, wo wir die Steuern zur Unterhaltung nach draufzahlen. Da liegt der Hase im Pfeffer. Deshalb muß die Arbeiterschaft hungern. Darin liegt die Sünde. (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Die Wirtschaftsparteiler fahren in Autos!) Sie können reden, was Sie wollen. Der Tag wird kommen, wo die Nemesis vor Ihrer Tür steht. Dann werden Sie zur Verantwortung gezogen. Das ist der richtige Weg, nichts anderes. (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Wenn wir auf die Straße kommen, dann flüchten Sie wieder in die Mauselöcher!)

Meine Damen und Herren! Sagen wir ruhig: Wenn wir überbrücken wollen, dann müssen wir uns lossagen von der leichtsinnigen Hoffnung der Errettung aus der Hand des Zufalls, der dumpfen Erwartung der Zukunft, die ein stumpfer Sinn nicht erkennen will (Zuruf links: Furchtbar geistreich! Große Unruhe), dann müssen wir bekennen, daß wir uns lossagen müssen von der sündhaften Vergessenheit aller Pflichten für das allgemeine Beste. Und, meine Damen und Herren, sagen wir uns weiter los von der schamlosen Aufopferung aller Ehre des Staates und Volkes, der persönlichen und Menschenwürde, und dann sagen wir uns aber auch ruhig los von dem unvernünftigen Mißtrauen in die uns von Gott gegebenen Kräfte. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut! Oh-Rufe von den Kommunisten.) Als Schul- und Flammenzeichen über der Zahlungsunfähigkeit der Landesbank stehen diese Worte, und wer die in Zukunft befolgen will, muß einen total anderen Aufbau der Landesbank wünschen. Dieser Aufbau ist für uns gegeben. In ganz großem Stil wird ja die Rheinprovinz nicht allein in Frage kommen. (Zurufe links: Federgeld! Mit Weinflaschen schlagen!) Meine Damen und Herren! Der Weg zur Besserung (Zuruf links: Jetzt kommt es!) kommt nicht durch Reisen nach Berlin (Zurufe aus dem Zentrum: Nach München!), der kommt nur aus ganz großen Gesichtspunkten, aus der Verstaatlichung der Reichsbank, der Landesbanken, der Gründung der Bau- und Wirtschaftsbank (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!) und, mein Herr Berichterstatter, nur aus dem Ausschneiden des „werbenden“ Moments aus der Regieverwaltung und aus den öffentlichen Banken. (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Und hin zum Kapitalismus!) Dahinter steht die Korruption, dahinter steht alles das, was uns in der Vergangenheit das Leben so sauer und die Zukunft schwarz und schwärzer gemacht hat.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialen.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist meines Erachtens ja heute den Leitern der großen Kommunen schon allerhand gesagt worden. Ich vermisse aber darunter eins noch, das mehr auf der praktischen Seite liegt, für die meine Freunde sich besonders interessieren. (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Dr. Stein (fortfahrend): Das besteht darin, daß die Kommunen doch im Wege der Substanzveräußerung dafür sorgen möchten, daß sie wieder liquider werden, als sie heute sind. Meine Damen und Herren! Man begegnet sehr oft der Antwort, daß es unmöglich sei, in der heutigen Zeit Vermögensobjekte zu veräußern. Man sagt: Sollen wir denn die Werke, die Straßenbahnanlagen verschleudern? Meine Damen und Herren! Von Verschleudern kann gar keine Rede sein. Aber bei gutem Willen ist in jeder Gemeinde allerhand zu finden, das man verkaufen kann, weil es nicht erforderlich ist, und dessen Erlös man sehr gut verwenden kann, um die Schulden herunterzudrücken. Wenn das von allen Gemeinden getan würde, dann wäre vielleicht auch die Stellung der Staatsregierung in der Frage einer Hilfeleistung für die Landesbank weniger hartnäckig. Denn, meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß in irgendeiner Weise die Angelegenheit bereinigt werden muß. So geht es nicht weiter. In dieser Hinsicht kann ich auch dem Absatz 2 der Resolution durchaus zustimmen insofern, als dort eine endgültige Lösung gefunden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meines Erachtens wurde in diesem Gremium bisher noch nicht genügend hervorgehoben, daß die Sparkassen letzten Endes doch die Leidtragenden bei der ganzen Sache gewesen sind. Man hat behauptet, daß die Landesbank die Zahlungsschwierigkeiten in den Gemeinden aufgefangen und mit ihrer eigenen Zahlungsstockung bezahlt habe. Aber diese Zahlungsstockung hat sich doch auch auf die Sparkassen ausgewirkt, deren Liquiditätsreserven bei der Landesbank festlagen, außerdem noch die sonst disponiblen Gelder, die sie bei der Landesbank anzulegen gezwungen waren.

Meine Damen und Herren! Die Auswirkung dieser Situation haben Sie alle in Ihren Gemeinden kennengelernt, und diese erschreckende Verärgerung der Sparer, die eine Folge der Zahlungsstockung gewesen ist, wird noch in langen Jahren nicht beseitigt sein. Unseres Erachtens wäre es doch richtiger gewesen, wenn man einmal die eine oder andere Gemeinde ruhig in Zahlungsstockung hätte kommen lassen. Dann würde auch der Staat schneller und tatkräftiger eingegriffen haben und man würde die Sparer, die doch der wertvollste Teil unserer ganzen Bevölkerung sind, nicht derartig verärgert haben, so daß es heute die größten Schwierigkeiten erfordert, die Leute wieder zu bewegen, ihr Geld zur Sparkasse hinzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist Ihnen ja bekannt, daß bei der Staatsregierung Erwägungen bestehen, die Sparkassen umzuorganisieren. Damit, daß man die Sparkassen zu einer selbständigen Rechtspersönlichkeit macht, ist die Angelegenheit noch

nicht erledigt. Die darauf bezügliche Verordnung der Staatsregierung steht meines Wissens immer noch aus, so daß wir noch nicht zu übersehen vermögen, wie künftig die Sparkassen gestaltet werden sollen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß es unbedingt erforderlich ist, daß der Leiter der Sparkasse in die Lage versetzt wird, dem Bürgermeister gegenüber auch einmal „Nein“ zu sagen, wenn dieser mit der Forderung nach Geld kommt, selbst dann, wenn die satzungsgemäß gestatteten 25 Prozent noch nicht erreicht sind. Bei dieser Gelegenheit mache ich auch noch darauf aufmerksam, daß auch eine Klärung über die von den Gemeinden ihrer Sparkassen gegenüber übernommenen Bürgschaften erfolgen soll. Diese werden in die 25 Prozent nicht hineingerechnet, haben aber vielfach eine außerordentliche Höhe erreicht. Es liegt mir durchaus fern, einer vollständigen Loslösung der Sparkasse von der Gemeinde das Wort reden zu wollen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine intensive Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Sparkassen unbedingt erforderlich ist. Die Gemeinden müssen auch einen starken Einfluß auf die Leitung der Sparkassen haben. Es ist aber nicht richtig, daß die Gemeinde allein entscheidend ist und daß wir dann dazu kommen, daß die Sparkasse den Gemeindeinteressen vielleicht mehr dient als denjenigen ihrer Sparer.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch ausführen, daß mir das System der Giro-Zentrale auf die Spitze getrieben zu sein scheint. Es wäre unbedingt richtiger, daß bei der Anlage der Liquiditätsreserven eine Verteilung erfolgt, als daß man die dafür vorhandenen Mittel an einer Stelle niederlegt. Man spricht heute davon, daß eine Liquiditätsreserve bei der Reichsbank bzw. bei der Golddiskontbank geschaffen werden soll. Aber ich befürchte, daß man damit auch wieder allzu sehr die Liquiditätsreserve an einer Stelle konzentriert. Ich will es nicht hoffen und nicht prophezeien, aber es kann doch einmal die Möglichkeit eintreten, daß auch dadurch den Sparkassen Schwierigkeiten entstehen. Wenn Sie aber die Kapitalbildung in unserem Volke wieder heben wollen, dann bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als mit allen Mitteln, und seien es auch die kleinsten, dafür zu sorgen, daß das Vertrauen in die Sparkassen wiederkehrt und daß die Sparkassen dagegen geschützt werden, daß sie für andere Zwecke gebraucht werden.

Meine Damen und Herren! Noch ein kurzes Wort zu der Frage der Umorganisation der Landesbank. Es ist richtig, daß in dem Verwaltungsrat der Landesbank nur zwei Oberbürgermeister vorhanden waren. Wenn Sie sich aber einmal ansehen, wer sonst noch von den Gemeindevertretern darin ist, so kann man ruhig sagen (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.), daß der Verwaltungsrat eine kleine Versammlung von Gemeindevertretern ist. Ich glaube, daß der Sparkassenverband, der aus seiner Mitte sechs Mitglieder in den Verwaltungsrat entsandt hat, (Unruhe) — —

Vorsitzender Dr. Jarres: Darf ich um Ruhe bitten.

Abgeordneter Dr. Stein (fortfahrend): — — gut täte, wenn er mehr Sparkassendirektoren und weniger Kommunalbeamte hinschickte; denn bei den Kommunalbeamten ist doch zum mindesten zu befürchten, daß sie zwei Seelen in ihrer Brust haben.

Ein kurzes Wort noch zu der Frage der Pflege des Kommunalkredites. Ich glaube, wir brauchen uns darüber für die nächsten Jahre keine Sorgen zu machen. Es wird im großen und ganzen auf einen Abbau der eingegangenen Verpflichtungen herauskommen. Ich glaube aber auch, daß es besser ist, wenn die Kommunen künftig wieder genötigt sind, mehr als bisher den offenen Geldmarkt in Anspruch zu nehmen, statt einer Kommunalbank. Wenn der offene Geldmarkt ihnen kein Geld geben kann, dann sollen die Gemeinden auch keins aufnehmen und auch keine Aufwendungen machen, für die sie Geld brauchen.

Meine Damen und Herren! Man hat mit der Landesbank den Versuch gemacht, eine öffentlich-rechtliche Großbank aufzuziehen. Man hat dabei die Hauptsache übersehen, nämlich daß die Voraussetzungen für eine Großbank hier in keiner Weise vorlagen. Das ist auch bereits von dem Herrn Berichterstatter hervorgehoben worden. Es fehlte eben die Vielseitigkeit der Konten, die die Existenz einer Großbank möglich macht. Es fehlte auf der anderen Seite die Krisensicherheit bei den Kreditoren. Meine Damen und Herren! Sie werden sich ja mit der Frage der Neuorganisation der Landesbank noch weiter beschäftigen müssen. Es werden alle diese Fragen dabei in Erwägung gezogen werden müssen. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, wenn Sie doch etwas Neues schaffen, dann machen Sie es nicht von dem Gesichtspunkt heraus, daß Sie aus den Tendenzen der Vergangenheit heraus wieder etwas ganz Großes schaffen wollen, sondern schaffen Sie etwas Sicheres, Gesundes, das den Bedürfnissen der Provinz genügt und entspricht.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Der neugebackene Nazimann, der eben hier gesprochen hat, der Abgeordnete von Detten, hat sich ganz besonders darüber entrüstet, daß die Geschäftsmethoden der Landesbank alles andere als loscher wären. Wenn von den Nazis, die bereits die Flucht ergriffen haben, ein Angriff kommt, so haben wir doch einiges dazu zu erklären.

Ausgerechnet Herr von Detten will hier die Geschäftsmethoden der Nazis in ein schönes Licht rücken. Aber er hat ganz vergessen, daß sein Pg. Herr Goebbels noch im gestrigen „Angriff“ eine Aufforderung an die Organisationen der Nationalsozialisten richtete, daß von jetzt ab wieder „reelle und saubere Finanzgebarung in der Partei Platz greifen müsse“. (Hört, hört! links.) Wenn man also zurückschließt, muß man annehmen, daß wahrscheinlich bisher die Finanzgebarung in der Nazi-Partei sehr unsauber und sehr unreell — um mich parlamentarisch auszudrücken — gewesen ist. Wir können es übrigens an Hand einer Reihe von Beispielen beweisen, daß das in der Tat so ist, und nicht umsonst hat der Nazi-Ley einen besonderen Hang, sich seinen „Geist“ im Kirchwasser zu holen. (Weiterkeit.)

Wenn Detten an die kommunistische Fraktion die Frage stellt: Können Sie nachweisen, daß im Rheinland eine Zentrale „Goebbels“ heißt?, dann war schon der Zuruf richtig. Die Zentrale heißt zwar nicht Goebbels, aber sie heißt Thyssen, Stumm und Klöckner; denn auch die Herren vom Zentrum sind ja freigebig, wenn es darauf ankommt, die Querverbindungen aufrecht zu erhalten (Weiterkeit), und die Nazis haben

nicht nur das Geld von dem rein germanischen Reden Thyssen. (Erneute Weiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, ich muß Sie zur Sache rufen.

Abgeordneter Nohl (fortfahrend): Ich polemisiere hier gegen einen Vorwurf der Nazis und verteidige so quasi die Landesbank. (Große Weiterkeit.) Ich nehme an, daß die Landesbank-Herren froh sind, wenn sie von einem der Herren Nazis nicht mehr in Schutz genommen werden.

Aber es ist in der Tat so, daß hier ein Scheinkampf geführt wird. Man kann dabei das berühmte Beispiel vom Rabbi und dem Mönch gebrauchen, das zwar nicht ganz parlamentarisch ist, wenn man es weiter ausführt. Aber es genügt, darauf hinzuweisen, daß diese Leute allen Parteien Vorwürfe machen, während sie selbst Dreck am Stecken haben.

Die kommunistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß man, wenn wirklich in diesem Sumpf hineingegriffen würde, nicht nur mit verwaschenen Resolutionen kommen müßte, die darauf hinausgehen, den wahren Sachverhalt in der Landesbankangelegenheit zu vertuschen. Wenn solche Sachen in Sowjet-Rußland passieren, so wißt Ihr, was mit diesen Leuten geschehen würde: die würde man glattweg an die Wand stellen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Dann würde in der Tat die von Euch allen so gehaßte und gefürchtete Tscheka aufmarschieren und ihr Machtwort sprechen. (Unruhe.) Ja, Sie (zum Zentrum) können mit den Tschekagreneln nichts beweisen, denn Sie waren noch nicht in Rußland. Sie können vorläufig nur mit Muckermann-Ratten aufwarten als Konkurrenz des Nazi-Goebbels, der mit weißen Mäusen operiert.

Das würde in der Tat der Machtspruch des Proletariats sein. Das ist das einzige, was Ihr uns vorwerfen könnt, daß man in Rußland Korruptionisten so verurteilt, wie das notwendig ist. Das ist einer der Gründe, warum die Herren, die jetzt oben im System sitzen, eine solch große Angst vor der Arbeiter- und Bauernmacht haben, daß sie dann ihre Schwindeleien nicht mehr verdecken können. Diese Ratten würden mit Stumpf und Stiel vertilgt werden, dafür würden die Arbeiter sorgen.

Heute ist es so, daß die Arbeiter und Bauern diese ungeheuren Belastungen aufbringen müssen. Aus ihren Taschen wird es herausgeholt, durch eine neue Provinzialumlage, durch erhöhte Bürgersteuern bis zu 1500 Prozent, durch neue Massenpfändungen bis zur letzten Kuh und zur letzten Dreschmaschine in der Landwirtschaft. Das ist das, was den Bauern und Arbeitern auferlegt wird, wogegen sie sich nicht wehren können. Wenn sie sich gegen die neuen Belastungen, die aus diesem Landesbankskandal entstehen, wehren, dann marschiert die preussische Staatspolizei auf, die unter dem Kommando noch und noch des Herrn Severing steht und die in den letzten 13 Jahren dem Arbeiter mit dem Gummitnüppel und härteren Waffen eingepreßelt hat, daß diese bürgerliche Demokratie für die Proleten einen Dreck wert ist, daß sie an ihre Stelle setzen müssen die wirklich proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats, die Diktatur der Arbeiter und Bauern. Dafür sprechen wir Kommunisten, dafür arbeiten wir in den Parlamenten, dafür zer schlagen wir diese ganzen

Betrugsmanöver der Bourgeoisie, die immer wieder, auch hier bei der Landesbank, in dieser verwaschenen Resolution zum Ausdruck kommen.

Wir setzen an die Stelle der verschwommenen Worte, der Phrasen, der nebelhaften Begriffe das klare Wort, die Tatsache, daß es sich hier um einen neuen Massenbetrug und um eine neue Massenplünderung der Arbeiter und Bauern handelt, daß die Herren nur darauf warten, daß die neue berühmte 5. Notverordnung kommt, die man den Arbeitern und Bauern wieder als kleineres Uebel hinstellen will, damit sie auch dieses Uebel noch schluden. So soll gearbeitet werden.

Und wir sagen den Arbeitern und Bauern: Weder von dem Dritten Reich, dessen Vorbild wir in Italien haben, wo ebenfalls die Banken zusammengekracht sind, wo ebenfalls eine solche Milliarden-Subvention von Mussolini durchgeführt wurde, um dieses zusammenkrachende Reich zu halten, wo genau dasselbe gemacht wird wie in Deutschland, noch von diesen angeblichen System-Parteien kann eine Aenderung kommen.

Wir sagen: Nicht um diese System-Parteien handelt es sich, sondern um das kapitalistische System, das nicht mehr fähig ist, den werktätigen Massen Arbeit und Brot zu schaffen, das den Bankdirektoren Riesengehälter und -pensionen gibt, obwohl sie, wie es hier im Falle der Landesbank angebracht wäre, mit Schimpf und Schande davongejagt und sofort in den Kerker gesteckt werden müßten. Aber die Großen schiebt man an die Riviera mit ihren Luxusautomobilen, damit sie sich dort mit ihren geräuberten Geldern aus ihren Auslandskonten Villen kaufen können. Die Proleten, die Erwerbslosen, die um ein Stück Brot auf der Straße betteln, werden wegen Vergehen gegen die Ruhe und Ordnung gekapert. Wenn sie sich ein Stück Brot aus dem Laden holen, wenn sie aus dem Ueberfluß das nehmen, was sie selbst geschaffen haben, dann kommen sie hinter Kerkermauern. Das ist Ihre Demokratie. Wir haben alle Ursache, dieses System anzuprangern und darauf hinzuweisen, daß dieses kapitalistische System, daß diese Zusammenbrüche, die angefangen haben mit Lahusen, diesem Koryphäen des kommenden Dritten Reiches Adolf Hitlers alias Schüdlgruber, nur der Anfang der Götterdämmerung des Kapitalismus war.

Es stinkt bereits im Reiche des Petroleumkönigs Deterding, und es kriselt bereits im Gebälk einiger anderer kapitalistischer Konzerne. Der einzige Ausweg ist das große Profitgeschäft, das Ihr 4½ Jahre lang durchführen konntet, und das Ihr jetzt wieder durchführen wollt, weil die Arbeitermassen noch nicht begriffen haben, worum es geht, weil sie noch nicht die Hintergründe der Zusammenbrüche der Landesbank und der Konzerne kennt. Das ist das Profitgeschäft auf den Leichenbergen im Namen Christi, im Namen Eures Gottes ermordeten Proleten. Kein Wort des Protestes gegen die Massenmorde an den Proleten in China habt Ihr gefunden! Kein Wort — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache und mache darauf aufmerksam, daß ich, wenn ich genötigt bin, Sie zum drittenmal zur Sache zu rufen, Ihnen das Wort entziehen muß.

Abgeordneter Mohl (fortfahrend): Schön, dann werde ich zum Schluß nur das eine sagen: Ihr könnt uns heute noch das Wort verbieten — die Sprache der Kanonen wird die Proleten aufwecken, und sie werden das tun, was die russischen Arbeiter getan haben. Dann ist Schluß mit Euch! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Besprechung ist geschlossen. Ich gebe das Schlußwort dem Herrn Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Silberberg: Meine Damen und Herren! Die Erörterung erfordert doch, daß ich auf einige Punkte eingehe.

Wir haben eine sehr interessante Vorlesung über den Staatskapitalismus und die Zusammenhänge mit der heutigen Wirtschaftsordnung gehört. Ich kann als Kaufmann und als Industrieller nur anerkennen, daß das einzige Land in der Welt, das unter einem ausgesprochenen Staatskapitalismus lebt, die Sowjetrepublik, sorgfältiger als irgendein anderer bedacht ist, ihre kaufmännischen Verpflichtungen zu erfüllen, und sich fortgesetzt und mit anerkannter Energie in die Grundsätze der Wirtschaftsordnung, und zwar einer staatskapitalistischen Wirtschaftsordnung, aber immer einer kapitalistischen, einfügt.

Die weitere Kritik, die hier geübt worden ist, ging vielleicht davon aus — wenn ich überhaupt versuche, irgendeinen Zusammenhang mit der Landesbank herzustellen —, daß die Sorge um die Aktiven der Landesbank, nämlich die Forderungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, zu einer besonderen Kritik der Gemeinden und Gemeindeverbände geführt hat. Ich muß sagen, daß ich persönlich nicht in den Verdacht kommen kann, kritiklos der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand gegenübergestanden zu haben oder gegenüberzustehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe aus meinem Herzen zur richtigen Zeit und am richtigen Ort wirklich keine Mördergrube gemacht. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Nein, Sie haben scharf mitgeholfen!) Ja. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Kritik findet ihre Grenze darin, daß der Kritiker sich sehr hüten muß, sich nicht von der Kritik zur Ungerechtigkeit fortzuführen zu lassen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Denn wenn ich alles das, was ich als überflüssigen Luxus — sagen wir einmal — bei den rheinischen Gemeinden ansehe, in Geld umsetzen wollte, dann komme ich, selbst wenn ich exzessiv rechne, nicht auf eine Summe von 100 Millionen RM bei allen Gemeinden zusammengerechnet. Ich möchte gerade darauf hinweisen, daß auch die Gemeinden nicht nur aus der Initiative der Gemeindeverwaltung, sondern aus der Initiative und dem Drängen der Bevölkerung, nicht minder auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung, manche Anlagen gemacht haben, die vielleicht unterblieben oder zum mindesten besser auf eine längere Periode vertagt worden wären. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Auf das Drängen der Staats- und Reichsregierung!) Das gilt nicht zuletzt für den Wohnungsbau, bei dem, objektiv anerkannt, jedenfalls in einem zu schnellen Tempo verfahren worden ist, gemessen an den finanziellen Möglichkeiten, die dem Lande zur Verfügung stehen. (Zustimmung rechts.)

Aber wenn ich alles das einbegreife, meine sehr geehrten Damen und Herren, berechtigt das meiner

Ansicht nach niemand, der Kritik mit Gerechtigkeit verbindet, zu dieser Form der Kritik, wie sie von einem der Herren Vorredner hier vorgetragen worden ist. Es berechtigt gewiß nicht zu dieser Form der Kritik, wenn auf der anderen Seite feststeht, wie ich es mir in meinen ersten Ausführungen darzulegen erlaubt habe, daß an der Sicherheit der Gemeinden als Schuldner kein Zweifel zu hegen ist, auch wenn ich, wie ich es ausgeführt habe, anerkennen muß, daß manche Ausgabe in dem Umfange überflüssig oder vorzeitig gewesen ist. Ich glaube, daß diejenigen Herren, die auf der einen Seite in einem anerkanntswerten patriotischen Nationalgefühl so viel von der Aufrichtung des Landes, von der Aufrichtung von Korrektheit und Ordnung sprechen, sich selbst und dem Land einen sehr schlechten Dienst erweisen, wenn sie sich auf der anderen Seite auf den Standpunkt stellen, daß alles, was bis jetzt geschehen ist, den Keim der Verderbnis und der Unordnung in sich trüge. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Das sind Exzesse der Kritik, die zur Ungerechtigkeit führen. Vielmehr ist es ein Zeichen dafür, daß man zu einem geordneten Aufbau und aus der Gesamtsituation herauskommen will und kann, wenn man sich selbst in die Hand nimmt und die Kritik in Grenzen hält. (Abgeordneter Dr. Hagen: Sehr richtig!)

Dazu gehören auch Wünsche, wie sie hier von einem der Herren Redner geäußert worden sind, auf Veräußerung von Vermögenswerten, Wünsche, die auch sehr oft in der Presse aufgetaucht sind. Ich habe mich zu dieser Frage nicht erst ad hoc, sondern schon vor sehr langer Zeit in einem Aufsatz im „Deutschen Volkswirt“ geäußert und die Ansicht wiedergegeben, daß es meiner Ansicht nach in dieser Situation ein schlimmer Fehler wäre, diejenigen großen Werte, die die öffentliche Hand geschaffen hat, zu den Preisen zu verschleudern, die in der heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Depression erzielbar wären. (Zustimmung.) Ebensovienig wie ich in den Verdacht komme, gegenüber der öffentlichen Finanzwirtschaft ohne Kritik zu sein, komme ich in den Verdacht, nicht Individualwirtschaftler und nicht Privatwirtschaftler zu sein. Ich bin bestimmt der Auffassung, daß zu gegebener Zeit sehr viele wertvolle Objekte, die im Eigentum der öffentlichen Hand als verbundene Unternehmen betrieben werden, in privatwirtschaftliche Formen und auch zum wesentlichen Teil in privatwirtschaftliches Eigentum übergeführt werden müssen (Sehr richtig! rechts), sei es in Form der gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft, sei es in anderer Form, sei es auch aus der Notwendigkeit und dem Zwang heraus, durch Liquidierung dieser Objekte die Finanzschulden der Gemeinden zu tilgen. Aber im Augenblick einer wirtschaftlichen Depression, wie sie jetzt besteht, eine Verschleuderung derartiger Objekte meist an ausländische Beteiligungen eintreten zu lassen, dagegen wende ich mich gerade aus dem Gesichtspunkt einer vernünftigen privat-individualistischen Wirtschaft, deren Grundsätze ich auch auf die Maßnahmen der öffentlichen Wirtschaft übertragen muß, wenn ich sie als richtig anerkennen soll. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Appetit auf Profit habt Ihr immer, egal wo Ihr herkommt!) Wir haben selbstverständlich Appetit auf den Profit, und deshalb bin ich auch der Auffassung, daß die Landesbank als verbendes und ertragreiches Unternehmen betrieben werden soll. Wenn Sie in

dieser Notwendigkeit nichts anderes erblicken wollen als die Quittung darauf, daß Sie richtig gearbeitet haben, dann haben Sie schon etwas. Aber wenn Sie den sogenannten Profit — ohne den Unterton, den Sie dem beilegen — so werten, daß nur das verbende und gehende Unternehmen in irgendeiner Form wirtschaftliche Bedeutung hat, daß dieses Unternehmen die Basis darstellt für die Beschäftigung von Menschen, für die dauernd gesicherte Existenz der Arbeiterschaft, dann brauchen Sie nur an einen Mann zu appellieren, der ebenso wie Sie politisch auf der linken Seite gestanden hat, der aber viel klüger war als Sie, nämlich an Webel, von dem das Wort stammt: „Vom Profit raucht der Schornstein.“ (Heiterkeit.) Darin liegt eine große wirtschaftliche Weisheit. (Zuruf von den Kommunisten: Wenn der Schornstein raucht, dann ist das doch Ihr Profit!) Die Basis Ihrer Existenz (Unruhe bei den Kommunisten. — Glocke des Vorsitzenden.) ist das verbende, ertragebringende Unternehmen. Wenn Sie die Unternehmen in Deutschland in ihrer Ertragsfähigkeit unterhöhlen, dann merken Sie es nicht nur an Ihrer Existenz in der Form der Erhaltung Ihrer Arbeitsstellen, sondern, durch die ganze öffentliche und private Wirtschaft durchgehend, auch in Form der rückständigen Steuern. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Wir werden ohne Sie fertig! — Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Herr Silberberg, Herr Webel hat das negativ ausgedrückt: „Ohne Profit rauchen keine Schornsteine!“) Sie werden nicht ohne den Kapitalismus fertig, sondern Sie werden dann in Form des Staatskapitalismus genau so Ihre Wirtschaft betreiben müssen, wie Ihre Freunde drüben die Wirtschaft zu betreiben versuchen.

Infolgedessen möchte ich hier ausdrücklich unterstreichen: Wenn wir die dringende Forderung stellen und die Bitte an die Reichs- und Staatsregierung richten, uns in dem Bestreben zu unterstützen, aus der Landesbank wieder ein aktives Unternehmen zu machen, dann glaube ich, daß wir alle Ziele und Tendenzen erreichen, die eine wohlorientierte Reichs- und Staatsregierung in dieser Zeit haben muß, alle diese Tendenzen, das Richtige zu sagen und das Fördernde beizubringen; denn — ich wiederhole mich — nur darin kann ich den Wiederaufbau des Landes sehen, wenn man gerade denjenigen Exponenten der öffentlichen Hand, die unmittelbar mit der Bevölkerung und ihren finanziellen Nöten in Beziehung stehen, hilft. Das bedeutet nicht, daß ich irgendwie eine Verknüpfung der Gemeindeumschuldung mit der Sanierung der Landesbank wünsche. Im Gegenteil, ich bin der Ansicht, daß das zwei vollkommen getrennte Komplexe sind. Ich habe auch absichtlich im Sinne der Auffassung der Kommission nicht geäußert, daß wir irgendwie die Umschuldung der Gemeinden mit den Notwendigkeiten in Beziehung bringen, die für die Landesbank bestehen, daß wir es aber für die augenblickliche Zahlungsfähigkeit und die Entlastung unserer Debitoren für dringend notwendig erachten, daß eine möglichst baldige Regelung der Erwerbslosenfrage eintritt. Das ist auch in der Kommission ziemlich einstimmig zum Ausdruck gekommen.

Ich hoffe dann, meine Damen und Herren, daß wir uns mit der Reichs- und Staatsregierung in dem Ziel begegnen, für unsere Provinz und für das reiche und

hochentwickelte Gemeindeleben unserer Provinz wieder diejenige Basis und Voraussetzung zu schaffen, deren die Gemeinden nicht entbehren können, nämlich ihr Bank- und Geldwesen in einem geordneten, kontrollierten und anständig verwalteten öffentlichen Bankinstitut, in der Landesbank der Rheinprovinz, zu vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Punkte 3 der Tagesordnung. Ich schlage vor, zunächst die Drucksache 18 zu erledigen, und zwar in der abgeänderten Form, wie sie auch die Billigung des Herrn Berichterstatters gefunden hat. Die SPD. hat ihren Antrag etwas geändert. Ich brauche wohl die neue Fassung nicht besonders vorzulesen; sie ist ja bekannt.

Ich bitte diejenigen, die nach dem Antrage des Herrn Berichterstatters diesem geänderten Antrage der SPD.-Fraktion zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Ich lasse dann über den Antrag des Sonderausschusses für die Angelegenheiten der Landesbank auf Drucksache 59 abstimmen. (Zuruf des Abgeordneten Hennes: Ich beantrage getrennte Abstimmung für die einzelnen Punkte!)

Für die einzelnen Punkte ist getrennte Abstimmung beantragt. Ich brauche die einzelnen Abschnitte nicht zu verlesen, ich rufe sie nach ihrer Nummer auf.

Ich bitte diejenigen, die für Drucksache Nr. 59 Abschnitt I sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; dieser Abschnitt ist angenommen.

Ich bitte dann diejenigen, die für den Abschnitt II sind, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen, die für den Abschnitt III sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen, die für Abschnitt IV sind, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Damit ist diese ganze Drucksache Nr. 59 entsprechend dem Vorschlage des Sonderausschusses angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung. Nach der Annahme der letzten Vorlage bin ich als Vorsitzender ermächtigt worden, zu geeignetem Zeitpunkt den Provinziallandtag zu neuer Sitzung einzuladen, sobald eine weitere Stellungnahme in der Frage der Landesbank notwendig ist. Ich werde diese Einladung selbstverständlich nur im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß ergehen lassen.

Wenn weitere Wortmeldungen nicht erfolgen — das ist nicht der Fall —, dann erkläre ich hiermit den Landtag der Rheinprovinz für vertagt.

(Schluß: 13 Uhr 15 Minuten.)